



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen: die dreispaltige Preiskarte 20 Pfennige, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennige. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Beitungsregister.

Inhalt: Mitteilungen des Vorstandes. — Karl Marx und die Arbeiter. — Zum Verbandstage 1908. — Ein Schandfleck (II). — Korrespondenzen (Berlin III). — Rundschau. — Briefkasten. — Literatur. — Anzeigen.
Beilage: „Zwingende Logik“. — Arbeitskammern (Schluß). — Die Schule (Feuilleton). — Korrespondenzen (Berlin I, Breslau, Dresden, Gotha, Leipzig, Magdeburg, Mannheim-Ludwigsbafen, Metz, München).

Mitteilungen des Vorstandes. Erklärung.

Der Verbands-Vorstand hat von dem Abschluß des Stettiner Tarifses, an dem mitzuwirken ihm von den dortigen Prinzipalen verwehrt wurde, Kenntnis genommen; da aber nicht nur die „allgemeinen Bestimmungen“ in Bezug auf Arbeitszeit und Solidaritätsbetätigung verschlechtert sind, sondern auch die Lohnsätze besonders der Kolleginnen so unendlich traurig und geradezu rückständig sind, versagt er diesem Tarif seine Bestätigung.

Augsburg. Der Kassierer Joseph Lubesch wohnt Straße 25 Nr. 9.

Chemnitz. Das Verkehrs- und Versammlungslokal befindet sich im Gewerkschaftshaus, „Stadt Meissen“, Kohligerstr. 8. Die Versammlungen finden an jedem ersten Dienstag im Monat statt. Der provisorische Arbeitsnachweis befindet sich Uferstr. 14 bei Lindner.

Magdeburg. Der Vorsitzende Paul Eckstein wohnt jetzt Neustädterstr. 39 II.

Stuttgart. Der Vorsitzende Hugo Werner wohnt jetzt Hauptstätterstr. 61 III.

Die Adresse des Verbandskassierers S. Sobahl ist jetzt: Berlin-Charlottenburg, Saeffelerstr. 12c v. IV.

Karl Marx und die Arbeiter*).

(Zu Marx' fünfundsanzwanzigstem Todestage)
Von Karl Renner.

Die Buchgelehrten können es nicht fassen, daß Karl Marx, der tiefe Denker, der abstrakte Logiker, der dunkle Gelehrte, von dem ungebildeten schlichten Arbeiter erfährt werde, daß der Mann hinter dem Schraubstock in irgend einer Geistes- oder Gefühlsgemeinschaft mit Marx, dem Ueberwinder Hegels und Ricardos, stehen könne. Und die sogenannten „Praktiker“ der Politik, die den Strom der Geschichte zu beherrschenden meinen, wenn sie die Schaumbblasen seiner Wellen zu erschaffen suchen, halten wohl dafür, daß die Arbeiter mit Marx zu durchbringen, nicht bloß undurchführbar, sondern sogar nachteilig sei, weil das Marx'sche System sie zu weit von der drängenden Aufgabe des Tages ab-

führe. Buchgelehrte und Praktiker dieser Art wissen nicht, was Karl Marx dem Arbeiter ist, was er dem Arbeiter sein muß.

Marx' Schriften buchmäßig zu verstehen ist schwer, wie aus Naturstoffen chemisch Eisweiß oder gar Brot zu erzeugen. Das einmal erzeugte Brot zu essen ist leicht für jeden, der den Magen dazu hat. Marx' Grundlehren zu erfassen ist für den Arbeiter nicht Bemühung, sondern Erlösung seines Geistes von der Qual des Zweifels und des seelischen Hungers.

Die Menschen beruhigen sich leicht bei dem Irrtum wie bei der Wahrheit, soweit Irrtum oder Wahrheit nur mit ihrem äußeren Dasein übereinstimmen. Milliarden Bauern waren durch Jahrhunderte wohl bei dem Glauben, daß jeder Blüß eigens aus der Hand eines mächtigen Gottes herabgeschickt werde auf diese sündige Menschheit. Der Hausvater, der über Söhne und Töchter, Knechte und Mägde, Esel und Eselinnen die Peitsche schwang, sollte irgend einen Zweifel an dem blüßschwingenden Himmelvater hegen? Aristoteles findet, daß der Mensch die Götter nach seinem Ebenbilde sich erschaffe. Seine Bemerkung ist zu eng: Nicht nur die himmlischen, sondern auch die irdischen Herren und Herrlichkeiten erschaffen sie so. Der Hausvater, der Landesvater und der Himmelsvater sind drei Sprossen an derselben Leiter, die ins Paradies führt. Das ganze Weltbild, das sich die Volksmassen zu einer Zeit machen, ist bloß das erweiterte Bild ihres engen wirtschaftlichen Daseins mit allen Freuden und Ängsten, mit aller Furcht und Hoffnung. Und solange sie in der gleichen Lage verharren, haben sie keinen Anlaß, an der Wirklichkeit und Richtigkeit dieses Weltbildes zu zweifeln.

Der Arbeiter, der mit mir sein Verhältnis zu Marx nun prüfen will, denke zurück an seinen Vater, an seine Großväter und Ahnen, soweit er von ihnen gehört — er wird auf Männer stoßen, die nicht Fabrikarbeiter oder Gehilfen, nicht Proletarier waren, sondern Hausväter: Bauern, Handwerker oder Kaufleute, die im eigenen Hause saßen und dort über Kinder und Helfer ein strenges Regime führten. Man sagte zu Vater und Mutter nicht „Du“, denn sie waren Obrigkeiten, die höchsten nebst Gott und dem Kaiser. Man arbeitete im eigenen Hause, auf eigenem Grunde, für sich und seine Familie. Pflanzte der Hausvater einen Birnbaum beim Brunnen im Hof, so dachte er an den Enkel, der in dessen Schatten sitzen und von diesem Baume essen sollte. Man war Sohn des Hauses, um selbst Hausvater zu werden und Söhne zu zeugen. Was man als Sohn arbeitete und schuf, tat man, weil man es als Hausvater selbst nutzen konnte. Alles hatte bestimmten Sinn und Zweck, jedermanns Bestimmung war klar. Und das Verzweiflungswort „Ich weiß nicht, wozu ich auf der Welt bin!“ war selten gehört und galt als frevelhaft. Nichts schien selbstverständlicher, als — woher wir kommen und wohin wir gehen. „Wir sind gekommen vom Vater“ — einerlei, ob man den himmlischen oder irdischen vor Augen hat — „werden Väter und Lehren wieder heim zum Vater, von wannen wir gekommen sind“ — sowohl in das

Elterngrab wie in das Paradies. Und auf diesem Lebenswege genoß der Mensch manches Glück, erlitt er manches Leid, aber er lebte, lebte für sich, sein eigenes Leben, in einem Verbanne lieber und teurer Menschen, er war Mensch.

Aber da kam in die Welt magisches Erdbeben und warf unsere Ahnen und Großväter von Haus und Hof auf die Straße. Ein Mensch auf der Straße — das ist sinnlos! Kann er denn von Straßenstaube leben? Wie soll er auf dem Schotterhaufen den Hausvater spielen? Ist das ein Haus? Und wenn er hier im Straßengraben verfaßt, wie findet er zu seinem Vater heim ins Grab? Die Proletarisierung machte mit einmal alles sinnlos, was durch Jahrtausende einen falschen, aber doch einen guten Sinn gehabt hatte. Ein Mensch, der auf der Straße irrt, woher kommt er, wohin geht er? Niemand weiß es, ja er selbst nicht. Wer seine Selbstbestimmung, ja seine objektive Bestimmtheit verloren hat, ist kein Mensch mehr, er ist eher ein Stein des Anstoßes, ein Vergernis. Und Tausende haben sich im Straßengraben die Frage gestellt: Wozu bin ich auf der Welt? und haben sie mit praktischer Selbstverneinung beantwortet.

Von der Straße las den Proletarier der Kapitalist auf und gab in der Fabrik seinem Leben wieder eine Bestimmung: „Arbeite für mich!“ Nun stand es mit ihm schlechter als vorher mit dem Bestimmunglosen: Nicht für sich selbst arbeiten, das, was man erzeugt, das Werk der Hände, nicht selbst besitzen, noch seinen Leibeserben hinterlassen, sondern ganz dem andern, dem Fremden ausliefern, das war wider alle hergebrachte Ordnung, das hieß seine eigene Persönlichkeit auslöschen, sich selbst zum Mittel, zum Werkzeug eines andern, noch dazu Feindseligen machen. Der ehemalige Lohn für eine endlose Arbeitszeit reichte eben noch hin, Muskeln und Nerven zu erhalten, nicht aber dem Leben irgend eine Freude zu erkaufen. Er ist kein Familienlohn — auch heute noch nicht! — er gestattet nicht, ein Weib zu erhalten und Kinder für sich aufzuziehen.

So blieb dem Proletarier anfangs nur eine Freude, die Arbeit. Der technische und physiologische Prozeß der Arbeit erquidete ja unter normalen Umständen den Verstand und den Körper. Und in jenen Zeiten war die Arbeit eine mühsam erlernte, hohe Kunst des Individuums und also Macht gegenüber dem Herrn. Anschaulich hat Marx geschildert, wie der junge Kapitalist den Künstlerstolz der Arbeiter brach: er, der über ganze Arbeitertruppen verfügte, zerlegte jede Arbeit durch die sogenannte Arbeitsteilung in einfache, immer gleiche Hand- und Leibesbewegungen. Durch die ursprüngliche Proletarisierung hatte die Entmenschung sozial begonnen, nun wurde sie technisch fortgeführt: der Arbeitende ist in der Manufaktur nur mehr ein Motor, eine Maschine. Der einzelne erzeugt nun überhaupt nichts mehr ganz, er sieht sein Werk nicht mehr und was er als einzelner vollbringt, ist nichts anderes als groteske, verstandlose Leibesbewegung. Für ihn selbst sinnlos ist also das Lehte, was ihm geblieben — seine Arbeit.

* Aus „Der Kampf“. Sozialdemokratische Monatschrift. Wien.

Bum Verbandsstag 1908.

Mit dem Erscheinen der nächsten Nummer sehen alle interessierten Leser mit gewisser Spannung alle die schönen Wünschen der Mitglieder aller Zahlstellen entgegen. Wie die Kleinen unserer Familien vor jedem Weihnachtsfest ihre Wünsche schon lange zuvor schüchtern und zum Teil auch sehr energisch vertreten, so sind in ähnlicher Weise die Kollegen und Kolleginnen allerorts beschäftigt, all die Abänderungsanträge für den diesjährigen Verbandsstag zu formulieren und schmuckhaft zu machen, in der guten Hoffnung, daß sich die Delegierten schon von vornherein diesen Wünschen anschließen mögen.

Wenn sich aber bis dato zu den bisherigen Verbandsstagen die einzelnen Zahlstellen mit den Abänderungsanträgen gegenständig den Rang abliefern und allerhand Möglichen und Unmögliches den Delegierten mit auf den Weg geben, dann stehen wir in diesem Jahre vor einer bedeutungsvollen Vervollständigung.

In der Beilage der Nr. 5 unserer „Solidarität“ finden wir eine Regierungsvorlage des Verbands-Ministeriums, die alle bisherigen Wünsche der Mitgliedschaft übertrifft und über 40 Abänderungsvorschläge in sich birgt. Vor jedem Verbandsstag hat der Generalkonvent großen Rat gehalten, inwieweit die ausrichtsollen Anträge unter gegebenen Verhältnissen durchführbar sind; für diesmal ist es die gesamte Kollegenschaft Deutschlands, die sich selbst zu fragen hat: Sind die Anträge des Hauptvorstandes diskutabel und überhaupt durchführbar?

Diese Frage zu beantworten setzt voraus, daß man die Motive, welche den Hauptvorstand geleitet haben, errät. Will man sich in dieses Rätsel vertiefen, dann muß man schon die verschiedenen Anträge zusammenfassen; ja, die Ursachen zu diesen weitgehenden Anträgen lassen sich schließlich gar nicht alle in das Verbandsstatut einzwängen, und von solchen Gesichtspunkten aus betrachtet wird allerdings die Beurteilung eine ganz andere sein, als wenn man einfach materiell rechnerisch verfährt.

Wohl wissen wir, daß die Massen unserer Mitglieder in erster Linie fragen: „Wiegt denn das Mehr von Unterstützung die verlangte Beitragserhöhung auf? Und ist denn eine diesbezügliche Beitragsleistung überhaupt zu erreichen?“ Zur letzteren Frage können wir wohl heute schon behaupten, daß die beantragten Beiträge bereits von der großen Hälfte der Mitglieder geleistet werden und zum beträchtlichen Teil noch mehr, dies selbst in Zahlstellen, die nicht in der glücklichen Lage sich befanden, 10- und 20-prozentige Lohnerhöhungen abzuschließen. Dem Schreiber dieses wurde auch einmal zu verstehen gegeben, daß nicht viel dazu gehört, die Beiträge auf dem niedrigsten Niveau zu halten. Hiergegen habe ich mich an Ort und Stelle verwahrt und das war auf dem Verbandsstage 1902. Heute sagt man mir aber uns dies nicht mehr, denn wir haben die Mitglieder in dem ununterbrochenen Kampfe daran gewöhnt und dazu erzo-gen, die notwendigen Opfer zu tragen. So finden wir denn auch schon mehrere Zahlstellen mit mindestens 700 Mitgliedern, welche ähnliche Beiträge leisten und darüber hinaus, nur mit dem Unterschied, daß die lokalen Beiträge von den Zahlstellen verwaltet werden und der Verbandsvorstand über diese Verbandsbeiträge keinerlei Verfügungsberechtigt hat. Der Segen dieser lokalen Beiträge kommt nur den Zahlstellenmitgliedern zugute und in der Hauptsache denen, die hübsch zuzuhause bleiben! Geht ein Mitglied über die Grenze seiner Zahlstelle hinaus, dann geht es leider seiner erworbenen Rechte an die Lokal- oder Zahlstellenkasse verlustig. Dies ist von mir schon längst als eine empfindliche Härte empfunden worden und ein Antrag auf Ausgleich der erworbenen Rechte in den Zahlstellen wäre von mir eingereicht, wenn die Anträge des Verbandsvorstandes nicht vorlägen.

In Anbetracht dieser Anträge habe ich hierbon Abstand genommen, doch würde dieser von mir zitierte Antrag notwendig, wenn die Anträge zu den §§ 8 und 12 des Verbandsvorstandes nicht Annahme finden, womit allerdings auch eine ganze Anzahl Anträge des Verbandsvorstandes fallen müßten, ja selbst das ganze Programm des Hauptvorstandes. Diejenigen Mitgliedschaften aber, die das aufgestellte Programm verwerfen, müssen sich

was sie reden. Es gibt kein ähnliches Meisterwerk der Psychologie und der Sittenforschung wie den dritten und vierten Abschnitt des ersten Bandes des „Kapital“.

In die sternenlose Nacht der Massenseele fällt nun jählings ein Lichtstrom, der die Blinden sehen, die Verzweifelten hoffen, die Irrenden begreifen lehrt. Was wissen davon jene, die Bücher lesen und schreiben! Wir aber, die wir in nächstlicher Zwiesprache oder in atemlos laufenden Versammlungen den an sich selbst und an der Welt Verzweifeln den Marzische Lehren als Lebensinhalt übermitteln haben, die wir den Schauer der Seelenlosen, die endlich die Seele, den Inhalt des Daseins, die Wiedervereinigung mit der Welt empfinden, selbst ersehauernd mitempfinden, wir wissen, was Marx dem Arbeiter ist.

Die Nächte des Proletariats sind nicht traumlos gewesen und schöne Träume von einem neuen Dasein und irdischer Glückseligkeit haben die Arbeiter erfüllt, auch bevor sie zu marxistischen Sozialdemokraten geworden. Schöne Träume — Utopien! Wünsche ohne Tat.

In den Massen hat allezeit traumhaft ein anderes Geistesleben gewoben als in den herrschenden Klassen. Dieses Geistesleben ist für ältere Zeiten beinahe unerforscht und doch existieren dafür köstliche Denkmäler. Die Geschichtsschreiber und Sopsopeten haben die Namen Karls des Großen, Ottos des Großen, Friedrich Barbarossas in den herrschenden Klassen lebendig erhalten — die Massen haben die Ueberlieferung von ihnen nicht bewahrt: ihre Taten waren in der Seele des Volkes nicht frokrotat. Aber im vierten Jahrhundert nach Christo lebte in Kleinasien ein ehrwürdiger Greis, der die Armen und Kinder beschenkte — er lebt heute noch in den Massen des Volkes fort und wird zu „Nikolo“ gefeiert! Die Rittersagen sind in den Massen erloschen, aber von dem Ritter, der seinen Kriegsmantel entzweihieb, selbst von dem Schuster, der Leder stahl, um den Armen Schuhe zu machen, will die Erinnerung im Volke nicht schweigen. Die Könige sucht man durch Denkmäler in dem Gebeten des Volkes zu erhalten, kaum daß sie gestorben; aber mancher Anführer von Räuberbanden, der die Großen gegüchigt und den Armen Gutes getan, lebt durch Generationen in den Erzählungen des Volkes fort. Ich führe diese Beispiele zum Beweise, daß das Denken der Massen zu allen Zeiten anders war als jenes der Herrschenden, daß es allezeit erfüllt war von dem Ahnen einer anderen Weltordnung, von der Idee eines wahren Gemeinwelsens der Menschen, ohne Herren und Knechte, ohne Ueberfättigte und Hungernde. Und diese Idee war für die Massen durch alle Zeiten der Nacht, mit dem sie geschichtliche Personen gemessen. Und so verbleibt in ihren Augen der Ruhm Barbarossas vor jenem Nikolos mit Recht.

Aber Ideen und Träume enden an sich nicht in Taten und so blieben auch die herrlichen Schöpfungen der großen Utopisten zunächst wirkungslos. Aber sie befruchteten die Wissenschaft, vor allem die politische Oekonomie. Fernab von den Massen, in einer anderen Welt gleichsam, in den Stuben der Gelehrten, hallt sich die Gedankenfülle des Sozialismus von Thomas Morus bis Robert Owen zu einer unübersehbaren und ungeordneten Masse — erdenfern wie die Wolken am Firmament. Daß die Arbeiter der Zeit selbst aktiv etwas mit diesem Sozialismus zu tun hätten, der Gedanke lag den meisten Utopisten ganz fern. Noch ferner lag es ihnen zu glauben, daß die gegenwärtige bestehende Wirtschaftsweise mit dem Sozialismus zusammenhänge. Vielmehr hielten sie diese für den abso-luten, unvereinbaren Gegensatz des Sozialismus. Ihr Sozialismus war eine Welt von Engeln — der Proletarier war faktisch nicht einmal mehr Mensch; ihr Sozialismus setzte die Selbstlosigkeit der Herrschenden oder wenigstens eines Millionärs voraus, der ihn auf seinen Gütern „einführt“ — die wirklichen Herrschenden, die Kapitalisten waren der menschgewordene Eigennutz: Nein, nein — mit dieser Welt hatte der Sozialismus überhaupt nichts zu tun. Die Wolken am Firmament und die durstende Erde — die Geisteskräfte des Sozialismus und das Proletariat da drunten hatten miteinander nichts gemein.

(Schluß folgt.)

Sollte noch eine tiefere Demütigung des Menschen denkbar sein, als daß er für sich selbst etwas zu sein aufgehört hat? Aber noch ist er wenigstens für den, der sich an ihm bereichert, um so notwendiger, je mehr der sich bereichern will. Ist er schon nicht mehr Mensch, so hat er doch noch Wert als Motor, als Maschine.

Da traf ihn denn der schwerste Schlag: die Arbeitsteilung hatte aus Menschen Maschinen gemacht, nun war es dem Techniker leicht, Maschinen aus Eisen zu erfinden und die Menschen zu ersetzen! Nun regierte der König Dampf mit seinem stählernen Marschallstab, den Spinnmaschinen und Webstühlen, den Eisenhämmern und allen Verwandten. Und wie heißt es von ihnen im Sprachgebrauch? „Die Maschine arbeitet und der Mensch bedient sie.“ Nun dient der Mensch nicht mehr dem Menschen, der doch immer ein Herz im Leibe hat und wäre es von Stein. Der Mensch dient der Sache: der Kessel ruft durch den Pfiff, die Maschinen gehen an, für hundert zugleich. Sie fragen nicht und antworten nicht. Kein guten Morgen, kein Blick. Selbst der blutigste Tyrann hält inne oder verfährt langsamer, wenn sein Sklave ohnmächtig wird, wenn ihm offensichtlich die Sinne vergehen. Die Maschine hat ihren Takt und wehe, wenn du eine Sekunde schwankst — sie kann dich zermalmen.

Nun ist der, von dem es hieß, er sei von dem himmlischen Vater gekommen, ein Sohn Gottes, nicht bloß Diener einer Bruders, sondern Sklave eines Dinges. Und dieses Ding ist — Kapital und das Kapital ist heilig. So verkünden es rings die bürgerlichen Dekonomen.

Aber, wenn schon das Individuum nicht nur für sich sinnlos, sondern geradezu widersinnig geworden ist, vielleicht liegt die wahre Deutung des Lebens in dem Zusammensein mit den anderen? War doch in der vorhergehenden Menschheitsperiode der einzelne auch erst begrifflich geworden im Zusammenschluß der Familie, in der Gemeinde, im Staate.

Aber das Kapital zerstörte die Familie durch das Entlohnungssystem von Anfang an, es stellte sie auf den Kopf, seitdem es die Form der Maschine annahm: sie ersetzte die Arbeit des Vaters durch die der Mutter, die Arbeit der Eltern durch die der Kinder. Was der Sohn den Eltern tut, das nimmt er als Erbe nicht zurück, was der Vater schafft, fällt nicht den Kindern als Erbe, sondern dem Fabrikanten als Profit zu. Nicht selten wird der Mann der Ausbeuter seiner Frau, werden Eltern die Ausbeuter der Kinder. Was Segen war, wird zum Fluch. Im Familienverband liegt also irgend ein Sinn dieses Daseins nicht mehr.

Vielleicht also im Kreise der Nächsten? Die Ortsgemeinde hatte vormals für alle Angehörigen ein Stück ihres Seins ausgemacht. Dieselben Familien, verschwistert und verschwägert durch Generationen, bildeten die Stadt oder das Dorf, und der Nachbar ist der „Nächste“, den man nach der Bibel liebt.

Auch in der Fabrik hat jeder Arbeiter seinen Nachbar, die Fabrik sieht so aus wie eine Gemeinde von Menschen. Nur ist der Nachbar fremd: der Kapitalist holt ihn, setzt ihn her und scheidt ihn fort. Von allen Strahlen zieht er die Arbeitssuchenden heran — er fragt nicht nach Gemütsart und Herkunft, er fordert nur Hände. Und so ist des Herrn Wille: „Du sollst deinen Nächsten nicht kennen, sollst kein Wort mit ihm wechseln, geschweige denn mit allen beinen Mitarbeitern! Denn wisset! Ich bin der Herr, mit jedem schließe ich einzeln Vertrag und ihr seid keine Gemeinde — bei Strafe der Strafe!“

Nun kennt der Proletarier keine Gemeinde, keine Landesvaterschaft mehr. Jeder einzelne bleibt einzeln und der Kapitalist ruft ihm zu: Ich bin dein einziger Gott!

Kein einziger aus der ganzen Legion der ökonomischen Forscher hat diesen seelischen Raub an den Proletariern, diese gänzliche Vernichtung jedes eigenen Lebensinhaltes der Proletarier so begriffen und so dargestellt wie Karl Marx, der große Psychologe. Weit entfernt davon, nur den „materiellen“ Vorgang des Wirtschaftens zu schildern, hat er die ganze Psychologie unserer Zeit, ihren ganzen Denk-, Willens- und Gefühlsinhalt dargestellt und die Leute, die das Geistige oder Sittliche an Marx vermissen, wissen wirklich nicht,

ja auch vorbereiten, an dessen Stelle ein neues zu setzen, das uns ähnliche Sicherheiten gewährt und zwar bei: Die Verbandskasse bei einem Mitgliederbestand von nahezu 15 000 muß gekürzt werden; dies ist bei den gegenwärtigen Beiträgen und Unterstützungen nicht möglich, darum ist schließlich eine Beitragserhöhung nach oben unvermeidlich. Schon kann, wenn die Ueberflüsse der einzelnen Zahlstellen in die Hauptkasse fließen, gewinnt diese ein anderes Aussehen, und diese Notwendigkeit wird jedes Gewerkschaftsmitglied einsehen können.

Wir haben heute noch keine Aussicht auf einen Tarif mit den Steinbrückerbesitzern im allgemeinen, wiederkehrende kleine Kämpfe bei aufsteigender Hochkonjunktur sind unvermeidlich. Wir stehen in drei Jahren vor der Tarifrevision oder Tariferneuerung des ganzen Buchdruckgewerbes und dürfen nicht bis Pfingsten 1911 warten, um die Verbandskasse zu stärken, damit wir auch respektiert werden, nicht nur mit der Mitgliederzahl, sondern auch mit unserer Kriegskasse unseren Unternehmern mehr imponieren als bisher.

Die Agitation in den vielen neugegründeten Zahlstellen ist vergebene Mühe, sobald diese sich nicht jährlich mehreremal wiederholt. Ganz nennenswerte Druckereigegebenen konnten noch garnicht aufgesucht werden und unterliegen den vergeblichen Versuchen anderer Gewerkschaften, die auf unseren Beruf keinen verbessernden Einfluß ausüben können. Gar manche Bewegung hätte schließlich einen besseren Ausgang gefunden, wenn die Zentralleitung zur rechten Zeit die nötigen Hilfskräfte zur Hand gehabt hätte.

Von diesen Gesichtspunkten betrachte ich eine Beitragsänderung für notwendig. Der Verbandsvorstand ist bemüht, nach den eingegangenen Erkundigungen nach Möglichkeit die Leistungen der Zahlstellen zu übernehmen und demzufolge wende ich mich an unseren Rechenmeister Lohdahl:

Wenn dem aufgestellten Exempel zwecks Unterstützung keine Bedenken gegenüberstehen und es sich nur um einzelne gerechtere Aenderungen einzelner Sätze handelt, dann werden wir in unserem Mitgliederkreise schon heute für die Verwirklichung der geforderten Beiträge resp. Anträge des Verbandsvorstandes wirken. Fallen die Würfel dennoch anders, werden die Mitglieder nicht böse sein, jedenfalls kann man die angeführten Gründe nicht ohne weiteres für null und nichtig erklären, und diesen Anforderungen zu entsprechen, ist eine durchgreifende Aenderung nötig. Wer jedoch dem heute und schließlich bis zum Verbandstage widerspricht, handelt vielleicht im Sinne vieler Mitglieder, aber nicht zum Wohle einer gesunden Weiterentwicklung unseres ganzen Verbandes. L. S.

Ein Schandfleck.

II.

Bevor wir in der, in voriger Nummer begonnenen Besprechung der Dresdener Vorgänge fortfahren, geben wir der Objektivität halber der Dresdener Verwaltung das Wort, welche uns folgende Erklärung zugehen ließ:

„Die Ortsverwaltung Dresden hat beschlossen, sich auf eine Zeitungspolemik nicht einzulassen, da es jedenfalls nicht im Interesse des Verbandes liegen kann, wenn man auf diese Weise seinen Gegner bekämpfen will. Sie ist vielmehr der Ansicht, daß der Raum der Zeitung nicht nur für eine Person, sondern für die Allgemeinheit da ist, und berurteilt auf schärfste, daß der Zentral-Vorstand zu solchem Beginnen seine Hand geboten hat. Wir werden deswegen nicht antworten, weil das Schiedsgericht in dieser Sache seinen Spruch gefällt hat, und alle Parteien von vornherein erklärt haben, sich dem Spruch desselben zu unterwerfen. Da nun der Haupt-Vorstand in seiner Erklärung in Nr. 5 der „Solidarität“ ankündigt, auf dem Verbandstage eine Nachprüfung dieser rein örtlichen Angelegenheit vorzunehmen zu wollen, betrachten wir die Sache für uns als erledigt.

Sollte aber wider Erwarten noch ein Artikel in der Zeitung erscheinen, so werden wir mit unserem Schweigen brechen und auch dafür die richtige Antwort zu finden wissen.

Die Ortsverwaltung Dresden.

S. W.: Paul Herrmann.

Es gehört ein trauriger Mut dazu, mit solchen nichtsagenden Nebenarten der Verantwortung auszuweichen und die Unfähigkeit, erwidern zu können, zu bemänteln. Die Berufung auf den „Spruch“ des Schiedsgerichts, den wir noch des näheren charakterisieren werden, ist eines jener beliebten Mittel des Unterzeichners der Resolution, mit dem er gewöhnlich verjucht, für sein Tun hinterher eine Begründung bei den Haaren herbeizuziehen. In welcher Weise die „Parteien“ von vornherein erklärt haben, sich dem Spruch des Schiedsgerichts zu unterwerfen, soll folgender Auspruch Herrmanns beweisen, den er laut Stenogramm bei Beginn der Schiedsgerichtssitzung tat. Er sagte wörtlich:

„Selbstverständlich werden wir uns dem Schiedspruch in Sachen Krumpfert-Girkau fügen. Was wir gewissermaßen noch haben, kann diese Sache nicht berühren und ist eine Angelegenheit für sich und kommt hier nicht in Frage. Neben alles andere behalten wir uns dann noch das weitere vor, mag die Entscheidung des Schiedsgerichts ausfallen wie sie will.“

Das heißt soviel: Wie die Entscheidung auch ausfällt, Krumpfert muß doch weg! Von diesem Augenblick an wurde diese Sitzung zur Farce. Eingeseht um zu untersuchen, ob ein Vorwurf, der dem Kollegen Krumpfert gemacht wurde, berechtigt war und von dem sein ferneres Wirken in Dresden abhängig gemacht werden sollte, hat Herrmann durch seine Erklärung das Schiedsgericht von vornherein zur Ohnmächtigkeit verurteilt. Das war bereits seine Absicht bei dem in der Versammlung vom 11. Februar gefaßten Beschluß, ein Schiedsgericht entscheiden zu lassen. Dort wollte er nicht begreifen und zugeben, daß er sowohl wie der ganze Verwaltungskörper in der Streitfrage Partei ist und nur um selbst als Schiedsrichter fungieren zu können, hat man eine Person zur Partei gestempelt, die lediglich durch gemachte Aussagen die moralische Qualifikation Krumpfert's belastete. Der Coup gelang auch vortrefflich; denn es wurde auf diese Weise möglich, daß die Hauptgegner Krumpfert's als seine Richter fungieren konnten. Was man nun von einem in dieser Weise zusammengesetzten Schiedsgericht zu halten hat und wie weit dessen Objektivität her ist, das bedarf nach dem Gesagten keiner weiteren Erklärung.

Aber auch das Benehmen Herrmanns in jener Sitzung verdient bekannt zu werden. Dem Protokoll können wir darüber folgendes entnehmen:

„Nach Eintritt in die Verhandlungen protestiert Kollege Herrmann gegen die Anwesenheit des Kollegen Menke (der auf Ersuchen Krumpfert's als Schiedsrichter fungierte) und des Redakteurs Bucher. Ersterer sei doch gar nicht Mitglied der Dresdener Zahlstelle, er habe seines Wissens keine Marken von Hannover bezogen. Bucher habe kein Recht an den Verhandlungen teilzunehmen, es sei eine ureigenste Angelegenheit der Dresdener Zahlstelle, die den Verbandsvorstand nichts angehe. Bucher habe nur ein persönliches Interesse an dem Kollegen Krumpfert.“

Selbstverständlich blieben die beiden Kollegen die Antwort darauf nicht schuldig, was zur Folge hatte, daß der Protest verworfen wurde. Man kann daraus ersehen, mit welchen Mitteln gearbeitet wurde, um selbst Leute zu verächtlichen, die lediglich ihrer Pflicht als Verbandsfunktionäre genügen wollten.

Auf die öfter zum Ausdruck gebrachte Behauptung, die Angelegenheit ginge den Verbandsvorstand nichts an, hat ja letzterer die entsprechende Antwort in seiner Erklärung bereits gegeben. Es muß aber hier konstatiert werden, daß gerade die Zahlstelle Dresden es war, die fortgesetzt der Hilfe des Verbandsvorstandes, namentlich aber bei der Anstellung des Verwaltungsbeamten in materieller Hinsicht bedurfte und nun, wo es sich darum handelt, Ruhe und Frieden im Interesse der Mitglieder wieder herzustellen, da sollte derselbe nichts mitzureden haben. Wir haben es verlernt, uns über die in Dresden zutage getretenen Unblümlichkeiten zu wundern, aber wenn Herrmann und Konsorten es selbst verhinberten, die Angelegenheit auf Wunsch des Verbandsvorstandes vor das Forum des Verbandstages zu bringen, der entscheiden sollte, ob Krumpfert zu entfernen ist oder nicht, dann müssen wir gestehen, daß eine derartige Mißachtung unserer Verbandsinstan-

zen uns noch nicht vorgekommen ist. In seinem blinden Hass gegen Krumpfert hat der Vorsitzende der Dresdener Zahlstelle alle Schranken niedergebissen, sich hinweggesetzt über die Pflichten des Vorstandes und unbekümmert, ob die von ihm „geleitete“ Zahlstelle Schaden leidet oder nicht, ihre beste Kraft beseitigt.

Wenn auch erklärt wird, daß für die Dresdener Verwaltung die Angelegenheit erledigt ist und sie gewissermaßen dem Verbandstag nicht Rede und Antwort stehen will, so werden Mittel und Wege gefunden werden, sie zur Verantwortung zu zwingen. Es wäre noch schöner, wenn in einem geordneten Organisationswesen jeder Beliebige kommen könnte, der erst die größten Schweißereien macht und dann erklärt, für ihn ist die Sache erledigt. Wir haben uns verpflichtet gefühlt, die Deffentlichkeit zu unterrichten, trotz der in der „Erklärung“ enthaltenen Drohung. Nun ist „wider Erwarten“ der zweite Artikel erschienen, möge man mit seinem „Schweigen brechen und die richtige Antwort zu finden wissen!“ Wir sind begierig, sie zu erfahren.

Korrespondenzen.

Berlin, Zahlstelle III. Mitgliederversammlung vom 26. Februar. Nachdem der Vorschlag des Kollegen Luft, den Punkt „Anträge zum Verbandstag“ von der Tagesordnung zu streichen, angenommen war, teilte derselbe unter Geschäftlichem mit, daß die stattgefundenen Geschäftsversammlungen leider nicht alle der Agitation dienen, sondern zum großen Teil dazu, um Streitigkeiten der eigenen Mitglieder zu schieben. Wenn uns das auch in allen Fällen gelungen ist, so leidet doch das Ansehen der Organisation darunter und ermahnt Redner die Kollegen und Kolleginnen, endlich einzusehen, daß wir zu den Unterdrückten und Ausgebeuteten gehören und wir gar keine Veranlassung haben, uns das Leben selbst schwer zu machen; die Unternehmer aber schlagen aus solchen Vorkommnissen Kapital. Wenn während der schlechten Konjunktur die Erfolge der Agitation auch nicht so groß sind wie bei gutem Geschäftsgang, so sei es doch erfreulich, daß ein Teil Kollegen und Kolleginnen, die sohnenschaftlich wurden, wieder gewonnen sind, u. a. die der Firma Schäfer Nachf. und Grahnid. Dann gab Kollege Luft den Bericht über die Münchener Tarifbewegung und betonte, daß der Zentralvorstand in dieser Frage garnicht anders handeln konnte wie gesehen, und wenn die Münchener Kollegenschaft auch nicht alles erreicht hat, was gefordert wurde, so lag dies daran, weil es leichtsinnig gewesen wäre, in der jetzigen Krisis es auf eine Ausperrung ankommen zu lassen. Wenn wir auch momentan nachgeben mußten, so soll damit nicht gesagt sein, daß es immer der Fall sein wird, und die Münchener Kollegenschaft hat durch ihr konsequentes Vorgehen dem Schutzverband und Herrn Dr. Gerschel den Beweis erbracht, daß wir den Schutzverband nicht fürchten und daß wir uns von dem Bestreben, in den Steinbrückerien Deutschlands tarifliche Bestimmungen einzuführen, nicht abhalten lassen. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Goldbeck und Koll. Letzterer forderte die Kollegenschaft auf, den Vertrauensleuten das Leben nicht so schwer zu machen, sondern dieselben so viel wie möglich zu unterstützen. Sodann teilte Kollege Luft mit, daß nach der Ausperrung Herr Dr. Gerschel auf die Frage, ob die Bestimmungen, welche für die Steinbrücker und Lithographen betreffs Feiertagsbezahlung und prozentualer Aufschlag für Ueberstunden maßgebend sind, auch für die Hilfsarbeiter Geltung haben, zustimmend geantwortet habe. Die Firma Wendisch hat bis vor kurzem die Feiertage bezahlt, stellt aber jetzt Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen ein mit der Erklärung, die Feiertage erst nach einjähriger Karenzzeit zu bezahlen; auch zahle die Firma Lange und Wundsch einem Teil der Hilfsarbeiter die Feiertage ebenfalls nicht. Kollege Luft schrieb in dieser Angelegenheit an Herrn Dr. Gerschel und bemerkte, daß das Verhalten der beiden Firmen mit dem von ihm Gesagten nicht in Einklang zu bringen wäre. Die Antwort des Vorsitzenden des Schutzverbandes lautete, daß ihm nicht bewusst sei, dem Kollegen Luft eine derartige Zusage gemacht zu haben. Kollege Luft erklärte nochmals, daß die Zusage in der von ihm mitgeteilten Form von Herrn Dr. Gerschel ihm gegenüber gemacht sei; wenn derselbe sich dessen heute nicht mehr erinnern könne, so liege es wohl daran, daß Herr Dr. Gerschel seine Gedanken als freisinniger Landtagsabgeordneter darauf konzentriert, die so sehr gut bezahlten Arbeiter recht stark zur Einkommensteuer heranzuziehen; die schlechtgestellten Aktionäre können bei ihrem geringen Einkommen ja nicht mehr zahlen. Da der Kollege Wügel zwei Vor-

standsitzungen versäumte, so wurde an dessen Stelle der Kollege Julius Bafius gewählt. Unter Verschiedenem kritisierte Kollege Lutterbach, daß die Vertrauenspersonensitzung am 18. Februar, dem Tage der Protestversammlung stattgefunden hat. Die Kollegen Lust und Mühlenberlein erklärten, daß der Vorstand, wenn irgend möglich, an beratenden Tagen keine Sitzung einberuft; aber die Interessen des Verbandes dürfen nicht darunter leiden. Sodann machte Kollege Lust auf die Wichtigkeit des Arbeitsnachweises aufmerksam und erwähnte die Kollegen, in den einzelnen Firmen darauf zu bringen, daß offene Stellen durch den Nachweis besetzt werden. Kollege Mühlenberlein gibt bekannt, daß die Gewerkschaftskommission die Genossin Lilly Braun für 5 Vorträge gewonnen hat, welche dazu dienen sollen, die Arbeiterinnen aufzuklären. Karten sind unentgeltlich im Bureau zu haben. Auf Antrag wurde eine ständige Vergütungskommission gewählt und setzt sich dieselbe aus den Kollegen Goldbeck, Rose, Lutterbach, Sowe und den Kolleginnen Müller, Nink und Grub zusammen. Zum Schluß erwähnte Kollege Lust die Anwesenden, fest und treu zur Organisation zu halten und neue Kämpfer für unsere gerechte Sache zu werben. **U. De.**

Rundschau.

Ein Streit bei Grumbach in Leipzig.

10 Druckereihilfsarbeiter, Abzieher, Aufräumer, Papierzähler, Papierschneider, Formwäscher sind am Dienstag von der Firma C. Grumbach plötzlich entlassen worden. Die Kollegen hatten sich die Kühnheit erlaubt, durch die Tarifkommission um tarifliche Entlohnung nachzusuchen. Die gegenwärtige Bezahlung der Kollegen ist die elendeste von ganz Leipzig und beträgt 2-4 Mk. unter dem Tarif, trotz zwei- und dreijähriger Dienstzeit. Die Eingabe vom 30. November d. J. ist bis März 1908 noch nicht beantwortet. Auf persönliche Anfrage der Kollegen hatte man diese tagelang mit dem Bescheid vertröstet und auf nochmalige Erinnerung am Dienstag kategorisch erklärt: „Mit solchen Leuten will ich nichts zu tun haben, hinaus aus meinem Geschäft, ich bin Herr im Hause.“ — So sieht ein Leipziger Buchdruckerbesitzer aus, der selbst seinen Standesgenossen keine besondere Ehre machen dürfte.

Der Reichsverein der Buch- und Steindruckerei-, Zeitungsarbeiter und Schriftsetzerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Österreichs hält seine ordentliche Generalversammlung zu Ostern dieses Jahres in Wien ab. Diefelbe hat eine sehr reichhaltige Tagesordnung zu erleben und wünschen wir, daß die Verhandlungen gezielte Resultate im Interesse der jungen Zentralisation erzielen mögen. Als Vertreterin unseres Verbandes nimmt Kollegin Thiede als Gast an der Tagung teil.

Briefkasten.

B. V. Berlin I. Da Ihr Bericht von der Vorliegenden nicht gegengezeichnet war, mußte verschiedene, was die Redaktion nicht verantworten konnte, gestrichen werden. — **W. e. Dresden:** Artikel kann in nächster Nummer erscheinen. — **U. n. Berlin:** Die Vorträge mußten wegen Raum-mangel zurückgestellt werden. — **Bremen:** Die Verbandstagsanträge werden von allen Zahlstellen zu gleicher Zeit veröffentlicht, deshalb war der Versammlungsbericht illusorisch.

Literatur.

Die historische Leistung von Karl Marx. Zum 25. Todestage des Meisters herausgegeben von Karl Rautsky. Mit einem Portrait von Karl Marx. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68. Preis 1 Mk. Volksausgabe 30 Pf. Rautsky will durch diese Arbeit das Verständnis dessen erleichtern, was Marx der Welt gebracht hat. Das dürfte, wie Rautsky in seinem Vorwort sagt, keineswegs so allgemein bekannt sein, wie es notwendig wäre in einer Zeit, in der so heftig für und wider Marx gestritten wird. Die Broschüre will nicht bloß eine Studie zur Parteigeschichte sein, sondern auch ein Beitrag zur Entscheidung aktueller Fragen.

In zweiter, neu durchgegebener Auflage ist erschienen: **Referenten-Führer.** Eine Anleitung zum Erwerb des für die sozialdemokratische Agitation Eduard David. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68. Preis 1,50 Mk.

Was er mit seinem Buch bezweckt, sagt der Verfasser in seinem Vorwort:

„Das Büchlein will dem jungen Arbeiter, der sich in den Dienst der sozialdemokratischen Sache stellen will, den Weg der Selbstausbildung erleichtern.“ Es soll eine Anleitung sein, die „allen begabten und strebsamen heranwachsenden Mitstreikern in Stadt und Land die Bahn öffnen soll.“ „Es kann nicht genug auf dem Gebiete einer Volksbildung in unserem Sinne gesehen und alle Einrichtungen (Ausbildungsturse von Partei und Gewerkschaften) dienen, einander ergänzend, der einen großen Aufgabe, die freieste Entfaltung aller in der heutigen Gesellschaft niedergehaltenen Intelligenzen zu ermöglichen.“

Wahlrecht und Wahlrechtsdemonstration vor dem Deutschen Reichstage ist der Titel der (eben von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen) Broschüre. Die sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Reichstages hatte die Regierung um Auskunft ersucht: 1. Ueber die Gründe, aus denen der Reichstanzler die Uebertragung des Reichstagswahlrechtes auf den preussischen Staat für unver-

einbar mit dem Staatswohl erklärt hatte, und 2. ob die Regierung die Konfignierung der Truppen in den Kasernen aus Anlaß der sozialdemokratischen Wahlrechtsdemonstration billige. Die Broschüre enthält die Begründung der Interpellation durch den Gen. Fischer, der in einer Rede die ganze Kulturwürdigkeit des preussischen Dreiklassenwahlrechts und die aufreizende Rechtlosigkeit der arbeitenden Bevölkerung dargelegt hat. Sie enthält umfassendes Material zur Beurteilung der politischen Lage Deutschlands. Der Einzelpreis beträgt 20 Pf.

Anzeigen.

Am 9. März verschied nach längerer Krankheit unser treues Mitglied Frau
Eva Bär
im Alter von 47 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr
Die Zahlstelle Nürnberg-Fürth.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands Ortsverwaltung Berlin, Zahlstelle 1

(Hilfsarbeiterinnen).

Sonnabend, den 28. März 1908

in den neuerbauten

„Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59

(neben Herrnsfeld-Theater)

18. Stiftungs-Fest.

Konzert o Gesang o Rezitation

unter gütiger Mitwirkung der Herren

Georg Braun, Operettentenor (Theater d. Westens). Willy Kaiser, Rezitator (Folles Caprice).

Fräulein Betty Spulok (Châte noir Cabaret).

• • Während der Kaffeepause findet ein kleines improvisiertes Cabaret statt. • •

Zwischen den Vorträgen Tanz.

Anfang 8¹/₂ Uhr abends.

Eintritt inkl. Tanz Damen 30, Herren 50 Pf.

Billetts sind zu haben bei den Vertrauenspersonen und im Bureau, Alte Jakobstr. 5.

Kollegen, Freunde und Sönnner unserer Zahlstelle sind uns willkommen.

Der Vorstand.

Versammlungs-Einladung.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlstelle Leipzig.

Sonnabend, den 4. April 1908, abends 1/6 Uhr

Öffentliche

Mitglieder-Versammlung

im großen Saale des „Pantheon“, Dresdnerstraße 20.

Tagesordnung:

1. Fortsetzung der Beratung über eingegangene Anträge des Hauptvorstandes und der Mitgliedschaften.
2. Ergänzungswahlen zum Vorstand, Schiedsgericht, Delegierten und Revisoren.
3. Tarifliches und Verbandsangelegenheiten.
4. Beschlußfassung über ein Kinderfest und Sommernachtsball.

J. U.:

Der Vertrauensmann.

Beilage zur „Solidarität“

Nr. 6.

Berlin, den 21. März 1908.

14. Jahrgang.

„Zwingende Logik.“

(Ein Beitrag zum Kapitel „Hilfsarbeiterhebe“.)

Aus Bremen wird uns über einen Vorfall berichtet, der nicht nur uns allein beweist, welche praktischen Erfolge die seit einigen Jahren von Berlin ausgehende Hebe seitens zweier Buchdruckerparten gegen das Hilfspersonal zeitigte. Auch die übrige gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft wird sich für die „modernen“ Anschauungen, die in manchen Buchdruckerkreisen vorherrschen, interessieren und vielleicht auch dazu Stellung nehmen. Zum besseren Verständnis des Ganzen bringen wir im Nachfolgenden ein die Sache betreffendes Urteil des Bremer Buchdrucker-Tarif-Schiedsgerichts. (Tarif-Treue I Nordwest.)

Klageobjekt: Einspruch des Personals gegen die Einstellung eines Lehrlings in der Stereotypie der Firma Schmalfeld u. Co.

Sachverhalt: Die Geschäftsleitung der klagenden Firma nahm für ihren Stereotypiebetrieb einen Lehrling an, wogegen das Personal Einspruch erhob mit der Begründung, daß, weil der Stereotypiebetrieb der Firma zum weitaus überwiegenden Teil Zeitungsbetrieb sei, ein Lehrling nur mangelhaft und einseitig ausgebildet werden könnte. Die Firma dagegen ist der Ansicht, daß die in ihrem Betrieb vorkommenden Absatzarbeiten zur vollständigen Ausbildung eines Lehrlings genügen und daß sie deshalb die Einstellung desselben für berechtigt hält. Sie erucht das Schiedsgericht um ein Urteil.

Entscheid (einstimmig): Die Firma ist zur Einstellung eines Lehrlings berechtigt, jedoch nur zu den im Buchdruckgewerbe üblichen Bedingungen hinsichtlich der Lehrzeit, des Lohnes usw.

Begründung: Nach Einsichtnahme der von dem Vertreter der Firma dem Schiedsgerichte vorgelegten Absenz-Stereotypieproben und nach Anhörung der von den beiden Parteien vorgebrachten Gründe und Gegengründe gelangt das Schiedsgericht zu der Auffassung, daß die vorkommenden Arbeiten und die Art und Weise des Betriebs immerhin die Möglichkeit gewähren, einen Lehrling innerhalb 4 Jahren bereit auszubilden, daß er nach Ablauf dieser Zeit im Stande ist, als Stereotypist selbstständig zu arbeiten. Demzufolge kann der Firma das Recht, einen Lehrling zu halten, prinzipiell nicht abgesprochen werden. Aus den Ausführungen der Parteien ergibt sich aber auch noch das Folgende:

Der eingestellte Lehrling ist ein seit längeren Jahren im gleichen Geschäft tätiger Stereotypie-Hilfsarbeiter, der bereits im 43. Lebensjahre steht. Auch ist nach Aussage von Gehilfen der Firma schon des öfteren von Seiten der dort beschäftigten Hilfsarbeiter versucht worden, sich die tariflich den Gehilfen zukommenden Arbeiten anzueignen. Dagegen, daß der betreffende Lehrling auch wirklich als solcher zu betrachten ist, spricht auch der ihm von der Firma gezahlte Wochenlohn von 28 Mk., der als ein einem Lehrling angemessener nicht angesehen werden kann.

Das Schiedsgericht in seiner Gesamtheit ist aus allen diesen Gründen der Ansicht, daß es sich im vorliegenden Falle nur um ein Erlernen eines Hilfsarbeiters zum Fertigmachen handle. Dies ist aber tariflich nicht zulässig und wird festgestellt, daß im neuen Tarifkommentar bereits ein Entscheid zu finden ist, der einer Firma das Erlernen eines Hilfsarbeiters untersagt. Deshalb kommt das Schiedsgericht einstimmig zu dem Entscheid, daß die Firma zwar berechtigt ist, einen Lehrling zu halten, daß sie dies jedoch nur unter den im Gewerbe üblichen Bedingungen tun kann. Aus diesem Entscheid ergibt sich mit zwingender Logik, wie die Firma im vorliegenden Fall zu verfahren hat, wenn sie den Bestimmungen unseres Tarifgesetzes Genüge leisten will.

Mit „zwingender Logik“ erkennt man in dieser Urteilsbegründung das Bestreben, um jeden Preis dem betreffenden Hilfsarbeiter es unmöglich zu machen, sich Fähigkeiten und Kenntnisse anzueignen, die ihm nach beendeter Lehrzeit die Möglichkeit verschaffen sollten, seine Lebensstellung verbessern zu können. Um jeden Preis, soweit die zustimmende Stellungnahme der Gehilfenvertreter in Betracht kommt. Die ebenfalls zustimmende Stellungnahme der Prinzipalvertreter ist ja an und für sich sehr begreiflich; denn daß ein Lohn von 28 Mk. für einen Lehrling ihnen zu hoch erscheint, ist nach ihrer Klassenstellung zu Lohnfragen überhaupt eine altbekannte Erscheinung und daher rührt auch wohl die Annahme, daß ein im 43. Lebensjahre stehender Mensch unmöglich ein so williges Ausbeutungsobjekt abgeben kann, wie ein im Alter von 14–18 Jahren stehender Lehrling. Eine andere Annahme ist aus der lakonischen Feststellung, „daß der Hilfsarbeiter bereits im 43. Lebensjahre stehe“, nicht gut möglich, es sei denn, daß man den betreffenden Hilfsarbeiter bei seinem „Alter“ körperlich und geistig für diesen Beruf nicht fähig hält. Dem steht aber entgegen, daß derselbe bisher gerade die anstrengendsten Arbeiten zur Zufriedenheit ausgeführt hat.

Daß sich aber Gehilfenvertreter, also doch auch Arbeiter, eine berrartige Logik zu eigen machen können, das spricht Hände. Vom Standpunkte der Arbeiter aus erwächst jedem Arbeiter die Pflicht, der Lehrlingsausbeutung, die doch unstreitig auch im Buchdruckgewerbe besteht, mit aller Energie entgegenzutreten. In diesem Falle befanden aber Buchdruckergehilfen, daß auch sie niedrige Löhne für ein notwendiges Charakteristikum eines Lehrlings halten und daß auch sie bestrebt sind, diesen kulturwidrigen Zustand aufrecht zu erhalten, indem auch sie den Lehrling nur im jugendlichen Alter wissen wollen. Das ergibt sich aus deren Stellungnahme mit „zwingender Logik“.

Befiehet man nun weiter dieses Urteil, so erfährt man, daß das Hilfspersonal ursprünglich einen sehr triftigen Einspruchsgrund erhoben hatte, nämlich das Geschäft könne keinen Lehrling vollständig ausbilden. Wäre dieser Grund vorhanden gewesen, dann wäre das Personal der Firma Schmalfeld u. Co. im Recht gewesen, es hätte dann gegen die verwerfliche Lehrlingslückerei Stellung genommen. Dieser Grund ist jedoch in nichts zerfallen, weil das Gegenteil bewiesen und der Einwand vom Schiedsgericht als nicht stichhaltig erkannt wurde. Auch ist bekannt, daß die Firma von jeher weit weniger als die ihr mit Recht zustehende Anzahl Lehrlinge ausgebildet hat; augenblicklich wird bei etwa 35 Gehilfen nur 1 Lehrling beschäftigt. Und nun betrachte man das krampfhaft herbeigerufenen weiteren „Gründen“, indem man ein früher ergangenes Urteil heranzieht, wonach einer Firma unterlagt worden ist, einen Hilfsarbeiter zum Fertigmachen anzulernen. Das trifft aber für den vorliegenden Fall garnicht zu, denn der betreffende Hilfsarbeiter der Firma Schmalfeld u. Co. sollte als Lehrling nicht nur das Fertigmachen erlernen, sondern alle in diesem Betriebe vorkommenden Stereotyparbeiten.

Ferner haben Gehilfen dieser Firma, laut Urteilsbegründung erklärt, „daß die dort beschäftigten Hilfsarbeiter schon des öfteren versucht hätten, sich die den Gehilfen tariflich zukommenden Arbeiten anzueignen.“ Diese Bekundung ist, gelinde gesagt, eine Unwahrheit, auf keinen Fall konnten diese beweislosen Bekundungen für das Schiedsgericht einen Grund für die Bildung des Urteils abgeben.

* * *

Soweit unser Urteil über den Fall selbst. Würde derselbe vereinzelt dastehen, dann könnte man annehmen, es handele sich um eine Aktion

eines Personals gegen eine vielleicht mißliebig gewordene Person. Nach den Erfahrungen aber, die wir seit der letzten Revision des Buchdrucker-Tarifs machen mußten, bildet dieses letzte Vorkommnis nur ein Glied in der langen Kette von Verfolgungen und Unterdrückung von Hilfsarbeitern durch organisierte Buchdruckergehilfen. Die Beseitigung der Hilfsarbeiter von der Ziegeldruckpresse, das Verdrängen derselben von der Rotationsmaschine durch Uebernahme aller Hilfsarbeiterverrichtungen in die Obliegenheiten der Buchdruckmaschinenmeister, endlich die Stellungnahme der Stereotypen gegen Arbeiter, die durch 10 und 20 Jahre Gehilfenarbeit verrichteten, ohne vielleicht Lohnbrüder gewesen zu sein — all das beweist uns, daß auch in dem Bremer Fall System zu suchen ist. Ein System, welches umso mehr zu verurteilen ist, weil es von Mitgliedern einer der größten und stärksten Gewerkschaften gepflegt wird und sich mit einer Rücksichtslosigkeit über die Existenzmöglichkeit von Berufsangehörigen — die wir nun einmal sind — hinwegsetzt, wie man sie sonst in Arbeiterkreisen nicht gewohnt ist. Bis jetzt haben wir den Buchdruckerverband in seiner Gesamtheit für diese Vorgänge nicht verantwortlich gemacht, weil wir ebenso gut wissen, daß an vielen Orten unsere Organisationsbestrebungen von Gehilfen eifrig gefördert werden. Wir wissen auch, daß der Verbandsvorstand des Buchdruckerverbandes mit dem Wirken einzelner „Sparten“-Vertreter durchaus nicht einverstanden ist und erwarten von ihm, daß er endlich auch gegen die Heharbeit, unter der wir Hilfsarbeiter zu leiden haben, ein Nachwort spricht. Wir müßten sonst in der bisherigen Haltung der Verbandsleitung eine stillschweigende Zustimmung erblicken, gegen die sich jeder modern denkende Arbeiter wenden muß. Vielleicht nimmt der Kölner Verbandstag, der auch auf Grund eines Antrages des Maschinenmeisterkongresses in Berlin eine Entscheidung darüber herbeiführen soll, ob ein Buchdrucker Führer einer Hilfsarbeiterorganisation sein darf, Gelegenheit, endlich mit den gekennzeichneten Spartenauswüchsen tabula rasa zu machen. Es ist die höchste Zeit! —

Arbeitskammern.)

(Schluß.)

Entsprechend der Unklarheit im Aufbau der Organisation sind auch die Aufgaben allgemein und unbestimmt gehalten. Die Arbeitskammern sollen ein gezieltes Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeiführen. Dazu werden sie den nötigen Einfluß vermissen lassen. Sie sollen die Staats- und Gemeindebehörden in der Förderung des wirtschaftlichen Friedens und die Interessen der Arbeiter durch Mitteilungen und Gutachten unterstützen. Das klingt sehr schön, wird aber, da in solchen Fällen auch die Unternehmer zustimmen müssen, im günstigsten Falle zu einer mäßigen, zurückhaltenden Rundgebung für die berechtigten Arbeiteranprüche führen, wenn nicht in das Gegenteil umschlagen. Denn es wird den Unternehmern bei der abhängigen Stellung des Arbeiters leicht gelingen, einige Stimmen aus Arbeiterkreisen für ihre Auffassung zu gewinnen; und solche Urteile heißen dann Gutachten der Arbeitskammer, während sie in Wirklichkeit nur die Ansicht der Unternehmer wiedergeben.

Die Arbeitskammern können bei Verordnungen, die auf Grund der Gewerbeordnung erlassen werden, gehört werden. In solchen Fällen wird wohl die Stimmung der Arbeiter auch künftig außerhalb dieser Korporationen klarer zum Ausdruck kommen. Wichtig ist die Befugnis, Erhebungen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu veranstalten. Hier könnte bei gemeinsamem Vorgehen sehr wichtiges sozialpolitisches Material geschaffen werden. Aber für ein ge-

* Uebernommen aus den „Soz. Monatsheften“.

meinames Vorgehen fehlt die Organisation; die Zersplitterung der Kräfte ist mit Bedacht durchgeführt.

Eine andere Aufgabe besteht in folgendem:

„Die Arbeitskammern können Veranstaltungen und Maßnahmen, welche die Hebung der wirtschaftlichen Lage und der allgemeinen Wohlfahrt der Arbeitnehmer zum Zweck haben, anregen und auf Antrag der Vertreter der hierfür getroffenen Einrichtungen an deren Verwaltung mitwirken.“

Als solche Veranstaltungen kommen nach den Motiven in Betracht: die Errichtung von Arbeitsnachweisen, von Rechtsauskunftsstellen, Versicherungskassen gegen Arbeitslosigkeit und sonstige Hilfsstellen, von Arbeitsbüros, die Errichtung von Arbeiterwohnungen, die grundsätzliche Regelung der Arbeitsbedingungen, wie diejenigen der Lohnzahlungstage, der Afordarbarkeit, der Arbeit am Sonnabend nachmittag, der Gewährung von Urlaub am Sonnabend und dergleichen mehr. Soweit hier gewerkschaftliche Aufgaben berührt sind, wird die Anregung nicht nötig sein, — denn die Arbeiter haben Gelegenheit, in ihren Organisationen diese Aufgaben praktisch zu fördern —, wohl aber könnte die Arbeitskammer fordern, daß Hindernisse, die diesen Bestrebungen seitens der Behörden in den Wege gelegt werden, beseitigt werden. Dabei darf wohl angenommen werden — was in dem Gesetzentwurf nicht klar zum Ausdruck kommt —, daß die Organisation der gewerkschaftlichen Unterstützungsanstalten nicht Aufgabe der Arbeitskammern ist; andernfalls müßten diese Bestrebungen sehr entschieden befördert werden, denn es fehlt nur noch, daß vielleicht die gelben Gewerkschaften in den Arbeitskammern ihren Beschützer sähen. Ebenso wenig scheint uns die Gründung oder Pflege von Wohlfahrtsanstalten Aufgabe der Arbeitskammern zu sein, wohl aber unter anderem die Regelung des Arbeitsnachweises und des Herbergswezens, die Beaufsichtigung der Lehrlingsausbildung und die Wahl von Arbeitskontrolleuren für die Prüfung der Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen.

Bei Streiks soll die Arbeitskammer wie das Gewerbeamt als Einigungsamt fungieren können. Da die Arbeitskammern sich nach dem Entwurf über sehr große Bezirke ausdehnen, so wird ihre Tätigkeit als Einigungsamt nicht oft in Anspruch genommen werden. Es ist daher nicht allzu erfreulich, daß neben dem Gewerbeamt auch die Arbeitskammer als Einigungsamt tätig sein kann. Einige Gewerbeämter haben gerade in dieser Beziehung ausgezeichnete Resultate aufzuweisen, so

Die Schule.

(Nachdruck vorbehalten.)

Jede Bildungsstätte war und bleibt den Feinden der Aufklärung ein Dorn in den Augen. Ist doch die Schule der Ort, wo die Unwissenheit und jede Korruption sterblich ist. Und daher war die Reaktion unermüdet bestrebt, das Unterrichtswezen nur ja nicht zu einer freien, für das Volk segensbringenden Entfaltung gelangen zu lassen.

Der finstere, schreckliche Geist, der das Schulwezen im Mittelalter und selbst noch in der Neuzeit beherrschte, spricht deutlich genug von der willkürlichen Knechtung des Volksgesistes.

Unseren Eltern wird der Grimmige gewiß unvergeßlich bleiben — der alte Schulmeister hinter dem grünegestrichenen Tische mit dem großen Tintenfaße, zur Linken die unentbehrliche Schnupftabakdose, rechts aber das respektabel lange und dicke spanische Rohr. Dieses Züchtigungsmittel und in früheren Zeiten die aus den biegsamen und schmiegsamsten Birkenreisern gebundene Rute waren Jahrhunderte hindurch die Träger des gesamten Lehr- und Erziehungssystems.

Der Schülgend von damals war diese Prügelpädagogik zwar nicht angenehm, schließlich aber gewöhnte man sich an dieselbe und ließ sich lieber den Rücken blau und blutig schlagen, bevor man eine Bibelstelle auswendig gelernt hätte. Was die Schulmeister anbetraf, so befolgten sie jedenfalls die „weißen“ Lehren heiliger und erleuchteter Kirchenväter. Der heilige Gregorystomus z. B. lehrte: „Kufe deinen Sohn, erschrecke ihn, dräue ihn mit Schlägen, wenn er dein Gebot nicht hält.“

Nicht nur die Rute war in dieser traurigen Zeit der Bildungsweiser, sondern auch die Geißel kam nicht selten, besonders in Klosterschulen, zur

ihre Zurücksetzung keineswegs im Interesse der Arbeiter liegen würde. Da die Gewerbeämter auch an allen größeren Industriestädten ihren Sitz haben, können sie auch viel leichter bei partiellen Streiks eingreifen; ihrer Zusammenberufung stehen nicht dieselben Schwierigkeiten entgegen wie der Arbeitskammer, deren Mitglieder im ganzen Bezirk gestreut wohnen.

Die Kosten der Arbeitskammer sollen von den Berufsvereinigungen getragen werden. Mit dieser nicht gerade glücklichen Lösung werden sich wohl weder die Berufsvereinigungen noch die Arbeiter befreunden können. Die Aufgaben der Berufsvereinigungen liegen auf anderem Gebiet. Auch würden wohl die Arbeitskammern als Kostgänger der Berufsvereinigungen sehr kurz gehalten werden; vielleicht deshalb gerade die freundliche Zuweisung an die Berufsvereinigungen.

Eine Anzahl Bestimmungen, die sonst noch die Kritik heransfordern, sind von geringerer Bedeutung und können hier übergangen werden. Nur eine Unvollkommenheit des Entwurfs sei noch hervorgehoben: es fehlt nämlich völlig an einer zusammenfassenden Organisation der Arbeitskammern und vor allem an einem Reichsarbeitsamt, dem die sozialpolitischen Aufgaben überwiesen werden, einer Organisation, wie sie in dem Antrag der sozialdemokratischen Partei vorgesehen ist. Der Gesetzentwurf ist schlechter als man ihn mit Rücksicht auf die Stellung der Regierung erwarten durfte. Ihr Schöpfer hat sich in ihr erfolgreich bemüht, den Einfluß der Arbeiter, und vor allem der sozialdemokratischen Arbeiter, auf ein Minimum herabzubringen. Für uns kann eine Arbeitervertretung nur dann Wert haben, wenn sich in ihr wirklich und nicht nur scheinbar die Anschauungen und Forderungen der Arbeiter wiederfinden. Das aber ist in einer Arbeitskammer, wie dieser Entwurf vorsieht, unmöglich.

Robert Schmidt.

Korrespondenzen.

Berlin I. Die Vorsitzende machte zunächst Mitteilung von dem erfolgten Ableben der Kolleginnen Marie Ault und Emma Zuchnat; die Versammlung ehrte das Andenken der Verstorbenen in üblicher Weise. Sodann gab die Vorsitzende einen kurzen Bericht über die stattgefundenen Druckereisammlungen, deren einige aus Agitationsgründen notwendig waren. Weitere Versammlungen fanden statt bezugslos Wahl der Vertrauenspersonen und bei H. S. H. in der Anlageapparaturfrage, in welcher Versammlung Stimmen laut wurden, die forderten, daß es Zeit sei, die Anlageapparaturfrage auch unter

fühlbaren Anwendung. Papst Gregor d. Gr. hatte eine große Vorliebe für dieses Züchtigungsmittel. Der heilige Vater wohnte oft dem Unterrichte der Sängerknaben bei und handhabte da — gewiß auch unfehlbar — die Geißel.

Die Wormser Schulordnung vom Jahre 1260 verbietet jedem Lehrer, einen Schüler aufzunehmen, der wegen Strenge der Zucht seinem früheren entlaufen und ermahnt weiter jeden Magister, im Züchtigen Maß zu halten. Sollte er sich jedoch so weit vergessen, daß seine Schläge dem Schüler entstellende Wunden oder Beinbrüche zurücklassen, so steht es dem Schüler frei, ohne diesem Lehrer ein Schulgeld entrichten zu müssen, sich an eine andere Schule zu begeben.

Und was der bedauernswerten Jugend damals eingebläut wurde, war gerade genug zum Sterben, doch zum Leben war es herzlich wenig. Aus dem Katechismus und der Bibel wurde einzig die Weisheit geschöpft; nebenher lernte man notdürftig lesen, schreiben und ein bißchen rechnen, das war übergangen, alles andere wie Geschichte, Erdkunde oder gar Naturlehre war „sündhaft teuflisch.“

Weiter durchzieht noch heute unser Schulwezen ein unfreundlicher und volksfeindlicher Geist, doch das frische Grün der Volksbildung spricht trotz der rauhen reaktionären Windrichtung immer mächtiger hervor und die goldene Sonne des Wahren und menschlich Schönen steigt am Horizonte der Erkenntnis immer höher empor.

Es ist das Recht eines jeden Staatsbürgers, nicht ausgeschlossen zu sein von dem allgemeinen Bildungsgrad seiner Zeit, weil es etwa der Zufall gefügt hat, daß er arm ist. Das ist eben die Krone der menschlichen Gleichheit, wenn jedem

dem Gesichtspunkt zu betrachten, daß die Hilfskraft, da in diesen Fällen kleine Maschinen in Frage kamen, nicht nur ausschließlich von männlichen Arbeitern gestellt werde, sondern nur von der Seite, die durch diesen Apparat arbeitslos würde. Weiter berichtete die Vorsitzende, daß am 4. Februar eine Vertrauenspersonensitzung stattfand, die Stellung zu nehmen hatte zu einem Antrag der Zahlstelle II, der den Zusammenschluß der Zahlstellen I und II bezweckt und die als Ergebnis folgende Resolution zu verzeichnen hatte: „Die Vertrauenspersonensitzung am 4. Februar 1908 ist im Prinzip mit dem Zusammenschluß der Zahlstellen I und II einverstanden und findet die Maßnahmen des Vorstandes richtig, die Angelegenheit vorläufig zu vertagen und nach dem Verbandstage dieses Jahres wieder aufzunehmen.“ Hierzu führte Kollegin Leste etwa folgendes aus: „Schon oft seien im Laufe der Jahre Versuche zu obigem Zwecke gemacht worden, abwechselnd von beiden Zahlstellen, stets ohne Resultat. Diesmal sei wohl unter den durch den Tarif veränderten Verhältnissen zu erwarten, daß es zum Ziele führe, doch befremde die Art und die Eile des Vorstandes der Zahlstelle II, der vor Weihnachten das erste Wort in dieser Angelegenheit an Zahlstelle I gelangen ließ und nun mit schnellem Gang auf den Zusammenschluß der noch vor dem Verbandstage vollzogen werden solle, hinarbeitet. Dabei habe in einer Verbandsvorstandssitzung im November der Vorstand diese Angelegenheit von Zahlstelle II unterbreitet erhalten. Die dem Antrag auf Zusammenschluß beigegebene Begründung scheint nicht den Kern der wahren Absicht zu treffen, und wenn trotz der Versicherung, daß die Verteilung der Ämter für die Angestellten in der gleichen Art wie bisher erfolge, nur event. eine andere Benennung eintreten würde, dann sei wohl daran zu zweifeln; denn schon oft seien Versuche gemacht worden, daß den Verbandsvorsitz eine männliche Person führe, und das glaube doch wohl niemand, daß die bereinigte Zahlstelle eine weibliche Vorsitzende oder eine weibliche Kassiererin anstellen werde. Eine Sitzung mit der Kollegin Thiede in dieser für unsere Zahlstelle so äußerst bedeutungsvollen Angelegenheit, denn wir müssen unsere Selbstständigkeit aufgeben, ergab das gleiche in der Resolution der Vertrauenspersonensitzung niedergelegte Resultat. Unsere Zahlstelle habe sich Gründung der Zahlstelle III für diese gefordert durch den Nachweis in der ersten Zeit und dadurch erzielte höhere Löhne, und halten wir es für zweckmäßig, beim Zusammenschluß das ganze im Verband organisierte Hilfspersonal Berlins in Betracht zu ziehen. Wären auch die Unterstützungssätze in Zahlstelle II etwas höher als die unseren, so müßte man doch zu stolz sein, auf diesen Köber zu geben. Ohne Zweifel würden auch dort dann die Beiträge halb erhöht werden und darum sei es zweckmäßig, bis nach dem Verbandstage zu warten. Kollegin Thiede war gleichfalls der Meinung,

ohne Unterschied die Wege offen stehen, seinen Geist frei zu machen von den Banden der Unwissenheit. Das ist ja das fürchterlichste Privilegium des Besitzes, daß er allein die Saaten vergangener Geschlechter ernten kann, während der Proletarier vor der Pforte steht und die Früchte der Gesperiden von oft unreinen Händen pflücken sieht.

Eine freie unentgeltliche Schule für Jeden ohne Unterschied der Konfession und des Standes ist die feste Grundlage, auf der sich ein gesundes und menschenwürdiges Gemeinwesen emporrichten ließe. Die Hauptbedingungen der freien und einzigen Schule des Volkes sind nachstehende:

Vollständige Trennung der Schule von jeder Kirche. Gleiche Lehrgegenstände für Jeden, sowie Beschaffung von Büchern und sonstigen Lehrmitteln für die ärmeren Schüler seitens des Staates. Bis zu dem vierzehnten Lebensjahre werden alle Schüler eines gleichartigen Unterrichtes teilhaftig, dann aber hat der Staat gegen den Einzelnen keine Verpflichtung mehr; er kann sich der Industrie, dem Handel, der Kunst, der Wissenschaft widmen, nach Neigung und Talent.

Für denjenigen nun, der vom bezeichneten Lebensjahre ab nicht direkt ins Praktische übergehen will, stehen die Fachschulen offen. Diese freien Anstalten, mit denen der Staat grade nichts zu tun haben braucht, als: Polytechnische und Gewerbeschulen, Bau- und Künstlerakademien, medizinische und chirurgische Kliniken, Lehrer- und Juristeninstitute.

Die Universitäten waren ein Segen, eine Notwendigkeit für die Nation, als Gutenberg seine menschenerbärende Erfindung noch nicht getan, als das Licht der Aufklärung nur auf einen kleinen Umkreis beschränkt bleiben konnte und als ein

wenn man 18 Jahre hinter sich habe, dann brauche man mehr als 2-3 Monate, wenn es heißt, die Selbständigkeit aufzugeben. Wenn der Vorsitzende der Zahlstelle II ausgeführt habe, er möchte den Vorstand sehen, der den Sturm der Mitglieder auslöst, der mit diesen hohen Unterstützungssätzen den Zusammenbruch ausschließt, dann mögen die Mitglieder die Unterstützungssätze mit den Anträgen des Verbandsvorstandes in nächster Nummer der „Solidarität“ vergleichen, welcher bedeutend erhöhte Unterstützungssätze bietet, ohne die Beiträge zu erhöhen, und gleichzeitig die Anstellung der Sozialbeamten übernimmt. Hierauf machte die Versammlung einstimmig die Resolution der Vertrauenspersonifikation, die oben wiedergegeben ist, zu der ihren. Als 2. Kassiererin wurde die bisherige Beisitzerin Kollegin Kürbs und Kollegin Antonie Hanna als Beisitzerin gewählt. Zum dritten Punkt gab Kollegin Leste eine Schilderung der Umstände, die zur Entlassung der Kollegin Wien als Krankenkontrollleurin durch den Krankenassenvorstand geführt und die auf der nächsten Generalversammlung der Krankenkasse ihre Erledigung finden soll. Da infolge eines Ausschreibens des Krankenassenvorstandes Ende Januar zur sofortigen Befehung der Stellung einer Kontrollleurin diese von unserer zweiten Kassiererin am 24. Februar angetreten wurde, und zwar gegen den Willen der Vorsitzenden, die am Vorabend Rücksprache mit ihr genommen und ihr gesagt hatte, dies ginge nicht, beschloß die Versammlung unter Berufung auf eine am 7. Februar gefaßte Resolution der Vorstände der Zahlstellen I und II den Ausschluß der Kollegin L. Gerde wegen Streifbruchs. Die angezogene Resolution lautet: „Die heute am 7. Februar 1908 tagende kombinierte Vorstandssitzung der Zahlstellen I und II des Verbandes der Buchdrucker-Gilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands beschloß sich mit der Entlassung der Kollegin Wien als Kontrollleurin der Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe und stellte fest, daß die Vorstandsmitglieder des Ortskrankassenvorstandes, soweit sie der Hilfsarbeiterorganisation angehören, bei der Fällung des Urteils, welches die Entlassung der Kollegin Wien ausbrach, auf keinen Fall den gemeinschaftlichen Gepflogenheiten entsprachen und erwartet, daß bei der Aufrollung dieser Angelegenheit der Kollege Land und die Kollegin Fiebig den richtigen gemeinschaftlichen Standpunkt vertreten. Als deren Hauptaufgabe sieht es der Vorstand an, dafür zu sorgen, daß in dieser Angelegenheit das im Anstellungsvertrage vorgesehene Schiedsgericht angerufen wird. Weiter wird erwartet, daß vor allen Dingen die Vorstandsmitglieder veranlassen, daß der Anstellungsvertrag, den die Generalversammlung im November v. J. annahm, unter allen Umständen zur Einführung gelangt.“

Breslau. Mitgliederversammlung vom 17. Februar. Vor Eintritt in die Verhandlung gebent der Vorsitzende des Ablebens unseres langjährigen

Heiligum, in Klosterzellen, auf engen Kathedern, in wenigen Köpfen sorglich beheizt wurde. Nun aber sind unsere sogenannten Hochschulen eine bloße historische Reminiszenz geworden, Altertümer, welche die Pietät aufrecht erhalten möchte. Seitdem Dampf und Elektrizität Erdteile durchziehen und verbinden und die Wissenschaft nur noch Berechtigung hat, wenn sie jedem zugänglich und verständlich ist, kann die verlebte Schablone nicht mehr genügen, wie sie vor Jahrhunderten anwendbar war. Man suche die Weisheit nicht mehr hinter Universtitätsmauern, möge die alma mater ihre Brüste in Zukunft den dürftenden Jüngern mit gleicher Liebe im vollen, freien Leben darbieten.

Ein Kastenwesen zweckloser Verbände, bemitleidenswerte Ueberhebung dem „Nichtstudierten“ gegenüber, Biergelage, dazwischen einige langweilige Vorlesungen, gedankenloses Nachschreiben oder lieber gänzliche Ignoranz derselben — alles das so drei Jahre, ist man reicher Eltern Kind auch noch länger getrieben, richtiger flott durchlebt — dann ist man „ausstudiert“ und ein gelehrter Mann! — Nun wird der Gelehrte durch einflußreiche Bekannte protegirt und in ein Amt gehoben, für welches er nicht selten kein Verständnis hat. — Das ist der große Mißstand, den die Hochschulen fortdauernd ausüben, daß sie das Volk trennen, einschachteln und in Berufsarten einzwängen. Dies wäre selbstredend bei allgemeiner und gleicher Bildungsgrundlage, sowie geteilten Fachlehrinstituten einfach unmöglich.

Eine Wissenschaft soll mit Ernst und Würde gelehrt und ebenso aufgenommen werden. Nicht wie man jetzt in den Hörsälen zu sehen gewohnt

Kollegen Paul Schölzel und erheben sich die Mitglieder von den Plätzen. Hierbei rügt Kollege Abend die mangelhafte Beteiligung bei der Beerdigung. Darauf Verlesung des Protokolls, sowie Aufnahme 8 neuer Mitglieder. Unter Verbandsangelegenheiten teilt der Vorsitzende mit, daß die geplante Versammlung im März, in welcher ein Referent aus Berlin sprechen sollte, nicht stattfinden kann, da unser diesbezügliches Gesuch vom Zentralvorstand abschlägig beschieden worden ist wegen anderweitiger Verpflichtungen. Dies wurde von mehreren Rednern scharf kritisiert und der Vorschlag gemacht, einen hiesigen Referenten zu nehmen, welchem Wünsche entprochen werden soll. Wie bereits in unserer Zeitung bekannt gemacht, müßen die Anträge der einzelnen Zahlstellen zum diesjährigen Verbandstage bis 14. März eingekandt sein. Kollege Abend gibt deshalb einen kurzen Ueberblick über die von der Ortsverwaltung vorgehenden Aenderungen. Da sich trotz wiederholter Aufforderung zur Begleichung ihrer Reste die Mitglieder Freia, Wittmann und Paul Volkmer nicht eingefunden haben, wurden dieselben einstimmig ausgeschlossen. Um für die Folge dem Restenwesen, mit dem wohl jede Zahlstelle zu kämpfen hat, etwas zu steuern, wurde angeregt, Bezirkskassierer zu ernennen, was auch in Kürze geschehen wird. Bei der Abrechnung vom Weihnachtstfest hat sich ein Ueberfluß von 12,90 Mk. ergeben. Unter Punkt 4 der Tagesordnung handelt es sich um eine finanzielle Unterstützung der neugegründeten Gesangsabteilung; leider haben die meisten unserer Mitglieder für diesen Zweck, welcher doch nur zur Förderung unserer Zahlstelle dienen kann, kein Interesse, und so wurde dieser Antrag abgelehnt. Darüber entspann sich unter den beteiligten Parteien eine so lebhafte Debatte, daß es dem Vorsitzenden unmöglich war, die Verhandlungen weiter zu führen. Es wurde deshalb Schluß der Versammlung beantragt und der noch wichtige Punkt „Tarifliches“, welcher gegenwärtig unser „Sein oder Nichtsein“ bedeutet, mußte zur nächsten Versammlung zurückgestellt werden.

Breslau. Versammlung vom 1. März. Nach Verlesung des Protokolls behauert der Vorsitzende die mangelhafte Beteiligung der Mitglieder trotz der wichtigen Tagesordnung. Kollege Niehe verliest sodann den von uns an die Prinzipale eingekandten Tarif, auf welchen eine Antwort eingegangen ist, welche zwar nicht ablehnend gehalten, aber doch unsere Forderungen als maßlos bezeichnet. Kollege Abend kritisiert dann in kurzen Worten dieselbe und gibt die Antwort bekannt, welche er als Obmann der Lohnkommission den Prinzipalen zugestellt hat. Auf diese ist wiederum ein Schreiben eingegangen, worin eine Einladung der Lohnkommission zu einer Vorbesprechung über den Tarif am 5. März anberaumt ist. So weit der Stand der Dinge. Wir wollen hoffen, daß damit ein Schritt zu unserem Ziele getan ist. Darauf machte der Vorsitzende die Anträge unserer Zahlstelle bekannt und stellte sie zur Diskussion. Diesel-

ist, gleichgültig, schlaftrunken, mit halbem Ohr. Dazu wäre aber nötig, daß einmal das System des Lehrens gänzlich geändert würde und daß der Lernende ausschließlich seine Kraft und seinen Eifer auf sein erwähltes Fach lenkte. Aber nicht in den Großstädten, die den jungen Mann zum leistungsfähigen Leben ziehen, sollen höhere Bildungsanstalten errichtet werden, sondern in der Stille kleiner, von Naturschönheiten umgebenen Orten mag die Wissenschaft, die Kunst ihre ersten Weihen geben und jedes Studium, von fremden Elementen und Einflüssen getrennt, für sich betriebe werden.

Einer allgemeinen, dem Zeitgeiste voll entsprechenden Bildung soll jeder geistig normale Mensch ohne Geschlechtsunterschied teilhaftig werden. Und diese erhabene Aufgabe kann nur die freie Schule der Zukunft erfüllen. Jeder soll als Bürger Jedem ebenbürtig sein und sich als Freier fühlen lernen, darum muß alles fallen, was das Volk in einzelne Schichten trennt. Keine Klasse darf das Vorrecht besitzen, sich als die erwählte, die höher stehende, die gebildete zu betrachten und dazu sei die Schule berufen, die große Gleichheit in Wahrheit zu begründen. Erst dann wird das Mißvergnügen von der gedrückten Menschheit weichen, wenn jedermann mit klarem Blicke die allgemeine Lage übersehen kann, wenn die Bildung die Geister frei macht und die Herzen veredelt hat. Gegenwärtig steht den Armen und Glenden zumeist die volle Erkenntnis ihres Zustandes, sie fühlen die Symptome der Not, aber sie erkennen nicht deren Ursachen, können darum auch ihrem Lose nicht vorbeugen. Ein gebildetes Volk gerät nie in Not, da die Bildung die

ben wurden von der Versammlung einstimmig angenommen. Da sonst nichts vorlag, schloß Kollege Abend mit dem Hinweis, daß in der nächsten Versammlung die Delegiertenwahl stattfindet, mit einem Hoch auf den Verband die Versammlung. Das darauf stattgefundene Kanakränzen hielt die Mitglieder, wenn auch in mäßiger Zahl, noch einige Stunden gemüthlich beisammen. M. Sch.

Dresden. Versammlung vom 12. März 1908. Ueber die Aufgaben unseres Verbandstages in München referierte zunächst Kollege Herrmann-Weipzig. Redner kam in seinen längeren Ausführungen besonders auf die Anträge des Verbandsvorstandes zu sprechen und konnte sich mit denselben im großen ganzen einverstanden erklären, da dieselben in bezug auf Beitrags- und Unterstützungswesen das fordern, was mehrere Zahlstellen bereits durchgeführt haben. Der Beifall am Schlusse seiner Ausführungen bewies, daß auch die Versammlung mit seinen Ausführungen einverstanden war. Zum Punkt Neuwahl unseres Beamten teilte der Vorsitzende mit, daß sich drei Bewerber gemeldet haben. Von diesen konnten nur zwei als die unserm Berufe am nächsten stehenden zur engeren Wahl gestellt werden, und zwar ein Dresdener Steinbruder und Kollege Herrmann-Weipzig. Kollege Menke drückt hierbei seine Verwunderung aus, daß sich nur drei Personen um diese Stelle bewerben und glaubt die Ursache in dem zugleich mit dem Inserat erschienenen „Schandfleck“-Artikel zu finden. Ferner sei ihm zu Ohren gekommen, daß die Verwaltung resp. der Vorsitzende schon vor der Kündigung Krumpfers persönlich mit Herrmann-Weipzig konferiert habe, um ihn zur Annahme dieser Stellung zu bewegen. Herrmann-Dresden kann jedoch nachweisen, daß dieses erst nach der Generalversammlung und auf Beschluß der Verwaltung geschehen ist, wogegen auch die Versammlung nichts einzuwenden hatte. Er bezeichnete den Artikel als ein Machwerk des Verbandsvorstandes, um die Bewerber abzuschrecken und Klame für Krumpfer zu machen. (? Red.) Nach einer längeren Auseinandersetzung der Kollegen Herrmann und Bartel mit dem Kollegen Menke betrefes des Artikels wurde zur Wahl des Beamten geschritten. Abgegeben wurden 103 Stimmen. Davon entfielen auf Herrmann-Weipzig 89, 8 waren ungültig und 6 erhielt sein Gegenkandidat. Der Gewährte dankte der Versammlung für das Vertrauen, das man ihm entgegenbringe und verpflichtet sein ganzes Können für die Zahlstelle einzusetzen. Eine längere Debatte entspann sich bei den Beratungen der Anträge zum Verbandstage, deren Ergebnis an anderer Stelle der Solidarität noch veröffentlicht wird. Unter Verschiedenem teilte der Vorsitzende mit, daß der Arbeiterbretterverein für den 25. März nach dem Tiboli eine Versammlung mit dem Thema „Unfallverhütung und Gewerbehigiene“ einberufen habe, und daß unser Langabend am 28. März stattfindet. Zur Ergänzung der Verwaltung wurden die Kollegen Mäbler als

menschligen Fähigkeiten entwickeln läßt, die Augen öffnet und stark macht, jeden Druck zu beseitigen.

Man verurteile also nicht das Volk zur geistigen Knechtung, indem man die Unwissenheit und die Lüge sanktioniert und so die auffrischende Vernunft der Jugend erschläft und tötet.

Es trete dann die wahre freie Volksschule (Staatschule) ins Leben. Dann müßte ein Gefühl der Menschenwürde, des Stolzes, des Mutes jeden beleben, befände er sich im Vollbesitz der geistigen Errungenschaften seiner Nation und wäre er somit gewiß gleichberechtigt mit allen, der Vermisten einer, nach dem höchsten Ziele streben zu dürfen, ohne daß für ihn die Erreichung desselben unmöglich sein könnte.

Immer wird es ungleichartige Naturen geben; der eine wird sich so, der andere so am wohlsten fühlen, jeder Stand, jedes Geschlecht wird nach wie vor seine Vertreter, seine Ausübung finden. Aber niemand soll geboren werden wie ein Paria, ausgeschlossen von dem, an welchem er wie der nächste ein unverfälschtes Anrecht hat.

Jeder sei in den Stand gesetzt, seine Kräfte zu entfalten, für alle muß die Sonne der freien und wahren Bildung leuchten — dies verlangt das Menschenrecht! Welche Gerechtigkeit, so die Lehre der völligen Gleichheit der Jugend einzubringen und welcher Aufschwung des Kulturlebens der kommenden Geschlechter, die von solchen Ideen großgezogen sind!

Bildung ist geistige Erlösung und Befreiung aus jeder physischen Knechtschaft! Und einzig nur die Bildung wird das Banner der sozialen Freiheit und Gleichheit dem großen Völkerfrühling siegreich entgegentragen. — E. Schröpel.

Revisor und Baum als Kartelldelegierter gewählt. Verschiedene Redner kommen nochmals auf den Artikel zu sprechen, worauf folgende Resolution angenommen wurde: „Die heute am 12. März 1908 tagende Versammlung der Zahlstelle Dresden verurteilt aufs schärfste das parteiische Vorgehen des Verbandsvorstandes in der Angelegenheit Krumpfert kontra Dresdener Verwaltung. Insbesondere spricht die Versammlung ihre Mißbilligung darüber aus, daß der Raum der Solidarität dazu verwendet wird, um durch einseitig abgefaßte Artikel für eine Person Stimmung zu machen und die Zahlstellenverwaltung herabzuwürdigen. Die Versammlung beauftragt zugleich den Vorsitzenden, mit der Kommission eventuell entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.“ Hierauf Schluß der Versammlung.

Th.
Gotha. Versammlung vom 1. März. Nachdem der Vorsitzende die sehr schwach besuchte Versammlung eröffnet hatte, erstattete der Kassierer Kollege Merkel den Kassenbericht vom 4. Quartal. Derselbe wurde von den Anwesenden für richtig befunden. Unter Punkt 2 wurde beschlossen, die Kartellbeiträge für männliche Mitglieder von 20 auf 25 Pf. zu erhöhen. Bei den Wahlen wurden der Vorsitzende und Kassierer wiedergewählt, als Schriftführer Kollege Rädike, Revisoren Kollege Hoffmann und Kollegen Dröbker. Ferner wird beschlossen, mindestens jeden Monat eine Versammlung abzuhalten und dieselbe durch Zirkular bekannt zu geben. Unter Verschiedenem bemerkt der Vorsitzende, daß die Beiträge pünktlicher als bisher zu zahlen sind, damit der Kassierer rechtzeitig abrechnen kann. Außerdem soll sich jedes kranke Mitglied am ersten Tage der Krankheit beim Vorstand oder dem Kassierer melden, damit genaue Kontrolle ausgeübt werden kann. Sodann entspann sich noch eine längere Debatte über das demnächst abzuhaltende Vergnügen, worüber in der nächsten Versammlung beschlossen werden soll. **H.**

Leipzig. Versammlung vom 8. März. Konstituierung der Verwaltung: Schulze, 1. Vertrauensmann; Wolken, 1. Kassierer; Herrmann stellvertretender Vertrauensmann und 1. Schriftführer; Köhler, 2. Schriftführer und Kollegen König stellvertretende Kassierer. Kollege Krebschmar ist von den Vorstandsmitgliedern von seinen sämtlichen Ämtern einstweilen dispensiert worden, da er seinen Verpflichtungen nicht ordnungsgemäß nachkommen ist und die Mitglieder darüber zu beschließen haben. Darüber entspann sich eine lebhafte Debatte. Der Antrag: Kollegen Krebschmar von seinen Ämtern zu entheben, wird gegen einige Stimmen angenommen. Der Antrag, einen 7. Bezirkskassierer für den Süden einzusetzen, wird angenommen und soll sich ein Mitglied dazu freiwillig melden. Kollege Schulze führt den Vermahlen vor Augen, welche Bedeutung das Mandat eines Delegierten zum Verbandstage hat und es ihm befremdet, daß die Kollegen Kohl und Hellthalter ihre innegehabte öffentliche Tätigkeit im Interesse des Verbandes einstellen, da sie doch als Delegierte fungieren. Beide Kollegen begründen ihren Rücktritt als Bezirkskassierer durch persönliche Verhältnisse. Der Antrag Schulze: Bezirkskassierer können nur von einer Generalversammlung zur anderen neu gewählt werden und zurücktreten, findet einstimmige Annahme. Kollege Schulze referiert über die Bedeutung des Verbandstages in München und führt aus, daß man glaube, mit den in Halle beschlossenen Änderungen auf Jahre hinaus auszukommen; nach den bisherigen Anzeichen stehen wir aber dies Jahr vor großen Umwälzungen fast aller Einrichtungen. Redner kommt weiter auf die bedeutungsvollen Ereignisse der letzten drei Jahre zu sprechen und bezieht die Zahlstellen München, Dresden, Berlin, Wiesfeld und Leipzig, wo sich Dinge abgespielt haben, die zum Vorstandsbericht eine große Rolle spielen werden. Aber noch größer sind die Aufgaben des diesjährigen Verbandstages, der Entwicklung der letzten drei Jahre Rechnung zu tragen, was aber in einer nächsten Versammlung erst behandelt werden kann. Schulze unterbreitet nachdem der Versammlung einige Änderungsanträge, welche fast einstimmige Annahme finden und an anderer Stelle abgedruckt sind. Ein allgemeiner Antrag: „Der Verbandstag wird erucht, die durch die fünfwöchentliche Abwesenheit des Kollegen Schulze entstandenen Vertreter-Lücken in Höhe von 102,50 Mk. zu bewilligen, da der Hauptvorstand nur die Hälfte gedeckt hat. Fünf Redner sprechen wegen der horrenden Höhe gegen diesen Antrag. Kollege Herrmann bedauert das laue Verhalten der Versammlung hierzu, indem er den Antrag ziemlich allein verteidigen muß. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Delegierten angenommen. Ein Antrag Krebschmar: Einen Ausschuß über den Vorstandsvorstand zu stellen, findet Annahme. Der Antrag Köhn: Militärische Uebun-

gen zu erschöpfen, wird abgelehnt. Der Kollege Thielemann von Spamer ist als gemabregelt betrachtet worden. Weiter ist beschlossen, den streikenden Kollegen von C. Grumbach einen Sozialschlag zur Streikunterstützung zu bewilligen und zwar: Ledige 1,50 Mk., Verheiratete 3 Mk. pro Woche. 10 Kollegen sind in den Urlaub getreten, wovon noch 6 zu unterstützen sind. Die Kollegen R. Naumann, Alzieher bei Breitkopf u. Härtel, und Berger (C. Grumbach) sind nach § 5 Abs. b des Statuts einstimmig ausgeschlossen worden. Für den Bußtag wird eine Subpartie nach Tausch „Goldener Ring“ beschlossen. Abmarsch 1 Uhr vom Pantheon. Sodann Schluß der Versammlung. **H. R.**

Magdeburg. Bericht von der Generalversammlung vom 1. März 1908. Nach Annahme des Protokolls der vorigen Versammlung verlas Kollege Eckstein einen Lehrvertrag des Buchdruckerleiters Borchstedt mit einem Lehrling, welches in seiner Druckerlei das Anlegen erlernen sollte. Dieser Lehrvertrag, welcher auf ein Jahr lautet, ist so unannehmlich und in seinen einzelnen Punkten so unannehmbar, daß man sich wundern muß, wie es überhaupt Personen gibt, die einen derartigen Vertrag abschließen. Bei einem Anfangslohn von 4 Mk. pro Woche mußte das Lehrlingsmädchen noch 50 Pf. Ration stellen, die ihm an beinahe zehn Stellen des Vertrages, z. B. aus der Lehre laufen, Makulatur drucken, unsittlichen Lebenswandel usw., einbehalten werden können. Die Versammlung konnte sich trotz des Ernstes der Sache eines Wohlwollens nicht verwehren. Der als Gast anwesende Kollege Moritz-Berlin kritisierte diesen Vertrag aufs schärfste und versprach Schritte zu unternehmen, damit dieser Druckermeister gehörig an den Pranger gestellt wird. Auch über die Angelegenheit Faber, die leider immer wieder eine Verzögerung erleben mußte, wurde beraten, und Kollege Moritz-Berlin stellte in Aussicht, daß in kurzer Zeit die letzten Schritte in dieser Angelegenheit getan werden; zu diesem Zweck wird baldigst eine Druckermeisterversammlung stattfinden, in welcher nochmals darüber gesprochen wird. Für den zur Einführung gelangenden Arbeitsnachweis wurde der Vorsitzende Kollege Eckstein zum Arbeitsnachweiser gewählt. In die Beschwerdebemission wurden drei Kollegen gewählt. Der Kassenbericht vom 4. Quartal wurde von den Revisoren bestätigt und erteilte die Versammlung der Kassiererin Decharge. Zum Verbandstage wurde beschlossen Anträge zu stellen betreffs Erhöhung der Unterstützung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit, ebenso wöchentliches Erscheinen der „Solidarität“ und noch einige Veränderungen der Verbandsstatuten. Als Delegierter zum Verbandstage wurde der Vorsitzende Kollege Eckstein gewählt. Der vorgerichteten Zeit wegen wird der Kartellbericht vertagt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß Kollege Eckstein die gutbesuchte Versammlung mit einem Hoch auf den Verband. **H. B.**

Mannheim-Ludwigsbafen. Bericht von der Generalversammlung vom 16. Februar. Unter Geschäftlichem gibt der Vorsitzende bekannt, daß in nächster Zeit das hier eröffnete Tuberkulosen-Museum besichtigt wird. Sodann gibt derselbe den Jahresbericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. Aus demselben ist hervorzuheben, daß 11 Mitgliederbergsammlungen, 2 Allgemeine Versammlungen, 18 Vorstandssitzungen und eine Anzahl Druckermeisterversammlungen stattgefunden haben. Eine angenehme Abwechslung brachten die zwei Ausflüge, von welchen der eine nach Weinheim, der andere nach Heidelberg unternommen wurden. In kurzen Worten streift der Vorsitzende die rege Arbeit der Zahlstelle und das Steigen der Mitgliederzahl von 91 auf 200. Die Kassengebarung weist eine Gesamtjahreseinnahme von 1584,85 Mk. auf; 1064,44 Mk. wurden an die Hauptkasse eingekassiert. Die Lokalkasse schließt mit einem Kassenbestand von 114,75 Mk. ab. Der Kassenbericht vom 4. Quartal weist eine Einnahme von 549,55 Mk. und eine Ausgabe von 93,20 Mk. auf. Bei den darauf stattfindenden Wahlen wurde Kollege Köhler als 1. Vorsitzender, Kollegen Stiefel als 2. Vorsitzende, Kollege Sassen als Kassierer, Kollegen Weidenauer als Unterkassierer, für Ludwigsbafen Kolleg. Schmidt, als Schriftführerin Kollege Fröhling, Kollegin Hübinger als Beisitzer und Kolleginnen Kautz und Engler als Revisoren gewählt. Unter Verschiedenem teilte der Vorsitzende mit, daß die Versammlungen in Mannheim jeweils jeden 1. Montag im Monat stattfinden sollen. Kollege Sassen macht die Mitglieder darauf aufmerksam, daß sie bei Arbeitslosigkeit und Krankheit sich sofort beim Kassierer zu melden haben. Es wurde erwähnt, daß noch einige Firmen am Plage sind, die den Tarif nicht voll und ganz bezahlen. Mit dem Wunsche, daß die Mitglieder in Zukunft sich zahlreicher an den Versammlungen und am Vereinsleben beteiligen, schloß der

Vorsitzende die Versammlung. Hierauf fand noch eine Unterhaltung mit Tanz statt, wobei uns der Gesangsverein Typographia mit seinen vorzüglichen Gesangsvorträgen erfreute. **M. Sch.**

München. In der Generalversammlung (vom 7. Feb.) wurde nach Verlesung des Protokolls als erster Vorsitzender Kollege Dubreuil, als 2. Vorsitzender Kollege Dham gewählt. Als Kassierer Kollege Singer, als Schriftführer Kollege Leconte; zu Revisoren die Kollegin Dautel und Kollege Frouville, als Kartelldelegierte die Kollegen Segros und Dham. Unter Verschiedenem wurde mitgeteilt, daß den Hilfsarbeitern in der Rothringer Druckanstalt durch Vorfelligwerden die neunwöchentliche Arbeitszeit zugewilligt wurde (jezt 10 Stunden); jedoch verurteilte der Geschäftsleiter, für einige Kollegen eine Ausnahme zu machen und Ueberstunden, welche die zehnte Stunde ausmachen, nicht zu bezahlen; auch möchte er dieselben der Organisation abspenstig machen. Den betreffenden Kollegen muß zugestanden werden: Weicht nicht von der Organisation und haltet fest zusammen, dann werdet ihr Euren Gegnern zeigen, was Solidarität heißt. Auch den Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen, die unserer Organisation noch fernstehen, muß doch endlich ein Licht aufgehen, denn die Tatsachen beweisen, daß Einigkeit stark macht. Vereinzelt seid ihr nichts, vereint alles! **E.**

München. Am 8. März fand eine außerordentliche Generalversammlung statt, die sich mit den Anträgen zum 4. Verbandstage befaßte. Trotz des ersten schönen Sonntags im Frühjahr fand sich die Kollegenenschaft in größerer Anzahl ein. Kollege Neumeier eröffnete die Versammlung und gab bekannt, daß er die Begründung der von der Verwaltung ausgearbeiteten Anträge übernehmen werde, da Kollege Schmid wegen Feiertag heute nicht imstande sei, längere Ausführungen zu machen. In längerer Rede legte er der Versammlung klar, wie notwendig es sei, einen gesunden weiteren Ausbau des Unterstützungswesens vorzunehmen. Man dürfe dabei aber nicht allzu sehr die materiellen Beweggründe in den Vordergrund rücken, sondern man muß auch bestrebt sein, unseren idealen Grundgedanken Rechnung zu tragen, indem wir neben der Förderung des Unterstützungswesens auch die Stärkung unserer Verbandskasse ins Auge fassen müssen, um den Annahmen des sich immer mehr zusammenschließenden Unternehmertums, besonders im Steinbrudgewerbe, zur gegebenen Zeit mit dem nötigen Ernst gegenüberzutreten zu können. Er verweist weiter darauf, daß die vor drei Jahren am letzten Verbandstag gehegten Befürchtungen, daß die Verbandskasse wieder durch Einführung der erweiterten Unterstützungsleistungen zugrunde gerichtet wird, erfreulicherweise nicht eingetroffen sind. Trotzdem stehe unsere Verbandskasse in Anbetracht der gewaltigen Vermehrung der Mitgliederzahl nicht auf der Höhe, um einen ernsthaften Kampf durchführen zu können. Er bespricht dann eingehend die nun vorliegenden Anträge des Hauptvorstandes, die uns bei Ausführung unserer Anträge jedoch nicht im geringsten beeinflusst hätten und hält die Durchführung des Fünf-Klassen-systems weder für praktisch noch fördernd für den Verband. Auch kritisiert er die aufgestellten Unterstützungsleistungen in der 4. und 5. Klasse, die in keinem Verhältnis zu den gezahlten Beiträgen stehen und unserer Ansicht nach die Verbandskasse derartig schwächen würden, daß für längere Zeit an die Durchführung eines ernstlichen Kampfes nicht zu denken sei. Die vom Vorstandsvorstand aufgestellte Streikunterstützung betrachte er gewissermaßen als Ironie, in der Voraussetzung aufgestellt, in der Zukunft überhaupt keinen Streik mehr zu bewilligen. Er empfiehlt die von der Münchener Verwaltung vorliegenden Anträge mit denen des Hauptvorstandes zu vergleichen, Punkt für Punkt durchzunehmen und durch eine rege Diskussion sich an der Beratung zu beteiligen. Kollege Neumeier verliest sodann diese Anträge und die lebhafte Debatte, die sofort einsetzte, zeigte, daß die Mitglieder sich mit der Verneinung der einzelnen Paragraphen des Statuts befaßt, jedoch die Vorschläge der Verwaltung unserer Zahlstelle als durchführbar anerkennen. Die Ausführung unserer Anträge an dieser Stelle erübrigt sich, da sie ja von Seiten des Vorstandes bekannt gegeben werden. Als Delegierte zum Verbandstage gingen in geheimer Wahl hervor die Kollegen Albert Schmid, Valentin Neumeier, Christian Bergler, Johann Rudolf und die Kolleginnen Louise Burker und Betty Hermann. Unter weiteren Verbandstagsangelegenheiten teilte Kollege Neumeier mit, daß die Vorarbeiten im vollen Gange sind, man aber gezwungen ist, anstatt den vorher zur Tagung bestimmten Mathäusbräu-saal den weitaus für diesen Zweck praktischeren oberen Saal des Bavaria-Kellers zu nehmen. Vor Schluß der Versammlung forderte er die Mitglieder auf, sich bei den noch notwendigen Arbeiten für den Verbandstag zu beteiligen.